

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

264 (11.11.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zu je 2.50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 2.85 M; in der Geschäftsstelle und bei unfern Karlsruhern Abgaben abgeholt 2.15 M monatlich Einzelhefte 10 M. Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luitpoldstr. 21. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonietexte 22.-M, auswärts 27.-M. Die Kolonietexte 80.-M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die deutsche Schwerindustrie treibt das deutsche Volk ins Elend

Stinnes kündigt für die Industrie der Arbeiterschaft den Kampf an

Wir haben dieser Tage darauf hingewiesen, daß die Schwerindustrie alle Versuche der Stabilisierung der Mark stabilisieren, um die Regierung durch die Inflation zu zwingen. Gleichzeitig hoffte das Unternehmertum, wenn es das deutsche Elend vermehren und erhöhen hilft, daß dann der längst geplante Schlag gegen den Alltagsbedarf gelingen werde. Diesen Bestrebungen des Unternehmertums hat Hugo Stinnes am Donnerstag einen neuen Anstoß gegeben. Es tagte eine gemeinschaftliche Sitzung des Wirtschaftspolitischen und des Finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates, deren Verhandlungen für geheim erklärt wurden.

Unser Zentralorgan, der „Vorwärts“ schreibt dazu: „Die Regierung sollte sich keine Illusionen darüber machen, wo der Feind ihrer Politik liegt. Dieser Feind steht rechts, er hat seine festen Stützwerke in jenen Kreisen der Schwerindustrie und der Banken, welche bisher die Kundscher der Inflation waren. In einem Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat Stinnes eine überaus heftige Rede gegen die Note der Reichsregierung und gegen die Gutschriften der ausländischen Sachverständigen gehalten. Er ist dabei vor dem Gebrauch der verächtlichsten Ausdrücke nicht zurückgeschreckt.“

Er will unter keinen Umständen eine Stabilisierung der Mark, verlangt vielmehr die restlose Beilegung des Alltagsbedarfes und die Rückkehr zu einer zehnjährigen Arbeitslosigkeit.

Es ist kein Zweifel, daß Stinnes nicht nur für seine Person geredet hat. Hier sprach er als Vertreter der Schwerindustrie, jener mächtigen und einflussreichen Gruppe, die seit alle Kraft einsetzt, um die Mark weiter in den Abgrund zu treiben. Wenn vor einigen Tagen in einer Sitzung des Präsidiums des Reichswirtschaftsrates der deutschen Industrie der Zeitpunkt und die Voraussetzungen für eine Stabilisierung der Mark für noch nicht gekommen erachtet wurde, so ist das ebenfalls nicht anders, als der Wunsch, noch recht lange Ausschüsse der Sachverständigen heranzuziehen, um die Inflation zu sein.

Stinnes' Auftreten vor dem Reichswirtschaftsrat hinter verschlossenen Türen ist ein Skandal, weil es die Spekulation auf den Niedergang der Mark erneut anreizt und der Reichsregierung die Durchführung ihrer Sanierungsmaßnahmen erschwert, so kann man die Tatsache, daß er dieselbe Rede einige Tage früher bereits vor den ausländischen Sachverständigen gehalten hat, kaum anders als Landesverrat bezeichnen. Es ist daher vollkommen verständlich, daß bei den ausländischen Sachverständigen der Eindruck entstand, daß man schließlich mehr Angst vor der deutschen Industrie, als vor der französischen Regierung haben müsse.

Weshalb die Schwerindustrie sich so energisch gegen die Stabilisierung der Mark wendet, plaudert die „Deutsche Tageszeitung“ unvorsichtig aus. In einem Teilsatz heißt es: „Man unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß die Stabilisierung der Mark für die deutsche Industrie zunächst sehr große

Erschwürungen bringen würde, da die Spannung zwischen äußerer und innerer Valuta, die ihr in den letzten Jahren die Konkurrenz mit dem Ausland in bestimmendem Maße erleichterte, dann eben in Fortfall käme, entweder völlig oder doch annähernd. Um diesen Faktor einigermassen auszugleichen, bräuhete die deutsche Industrie nicht nur unbedingt den Fortfall der Erschwürungen, die der Versailles Vertrag für die Beilegung der deutschen Wirtschaft im Ausland geschaffen hat: Sie braucht in gleicher Weise mögliche Inflationierung unserer gesamten Produktion Arbeit.“

Also nur um der Schwerindustrie die durch die Inflation gesicherten Gewinne ungehindert zu erhalten, sollen die Arbeiter, Angestellten und Beamten für diese Herren kämpfen. Denn unter dem Schlagwort Produktionssteigerung verheißt die Industrie lediglich Ausbeutung der Arbeitszeit, nicht aber Steigerung der Erzeugung unter vermehrter Verwendung produktiven Kapitals. Die Arbeiter sollen Opfer bringen, damit die Industriellen weiter die Mäntelchen haben, ohne irgendwelche eigenen Anstrengungen Mehrgewinne zu erzielen.

Nicht der Alltagsbedarf hat bisher die Steigerung der Produktion in Deutschland verhindert, sondern die anhaltende Verelendung des Produktionsapparates, die durch die Inflation ermöglicht wurde. In fast allen Industrien ist die Arbeitsleistung gegenüber wieder auf den Friedensstand gebracht oder hat ihn überhöht. Im Vergleich mit den übrigen Schwerindustrien, in der Textilindustrie, in der Schuhindustrie und in zahlreichen anderen Gewerben ist die Leistung pro Kopf des einzelnen Arbeiters heute höher als früher. Wenn die Gesamtleistung der deutschen Industrie trotzdem hinter ihren früheren Leistungen zurückbleibt, so ist nicht nur wegen der mit den Betriebsverlusten verknüpften Verkleinerung der Produktionsbasis, sondern vor allem weil die Großindustriellen jede positive Leistung zur Steigerung der Erzeugung durch technische Verbesserungen, durch produktive Verwendung ihrer Mehrgewinne unterlassen haben. Stinnes ist ja ein lebendiges Beispiel dafür. Statt neue Maschinen zu kaufen, hat er erst kürzlich über 100 Millionen Mark verwendet, um sich in den Besitz der Berliner Handelsbank zu setzen, nachdem er vorher ungezählte andere Unternehmen mit eigenem oder fremdem Kapital in seine Abhängigkeit gebracht hat. Die Rückzahlung der beborgten Gelder möchte er natürlich lieber bei einem Dollarkurs von 20 000 als bei einem solchen von 3000 vornehmen.

Die politische Situation ist jetzt klar.

Mit Stinnes gibt es keine gemeinsame Arbeit. Gegen seinen Versuch, die deutsche Volkswirtschaft in den Abgrund zu reißen, weil es ihm und einer Handvoll Schwerindustrieller Nutzen bringt, gibt es nur den härtesten Kampf. Das gilt nicht nur für Herrn Stinnes, sondern für alle, die ihm politisch huldig sind. Mit Worten, die die Lebensinteressen der großen Masse der Bevölkerung leichtem Herzens opfern, weil sie im Widerspruch stehen mit kapitalistischen Gruppeninteressen, kann es für die Sozialdemokratie, die Partei des Volkes, keinerlei Verständigung geben.

noch durch einen Minister ohne Portefeuille erweitert werden könne, spricht das „Berliner Tageblatt“ auch von einer Neubestellung des Reichspost- und Reichswirtschaftsministeriums. Neben Wälders zufolge soll für den Posten des Ministeriums des Reichens der Generaldirektor der Hamburg-Amerikanische Schiffahrt G. Cuno in Aussicht genommen werden.

Die neuen deutschen Vorschläge

Berlin, 10. Nov. Der Empfang der neuen deutschen Vorschläge ist von der Reparationskommission heute vormittag in einem Schreiben an den Reichskanzler bestätigt worden. Die Reparationskommission teilt zugleich mit, daß sie die vorgelegten Pläne nach ihrer Rückkehr in Paris einer Prüfung unterziehen will.

Berlin, 10. Nov. Der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten trat heute unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Stresemann zu einer Sitzung zusammen. Er beschäftigte sich mit der Lage, wie sie sich durch die Verhandlungen mit der Reparationskommission und die Aenderung des internationalen Sachverständigenausschusses gestaltet hat. Reichskanzler Dr. Brüning legte in einführender Rede die Stellungnahme der Regierung dar. An der weiteren Aussprache beteiligten sich die Abg. v. Lerchner (Dsp.), Graf Westarp (D.Ntl.), Dernburg (Dem.), Fern. Müller (Sos.) und Dr. Spahn (Str.). Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Gutachten der Finanzfachverständigen

Berlin, 10. Nov. Nachdem nunmehr auch das zweite Gutachten der internationalen Finanzfachverständigen, das von den Herren Dubois, Kamenska und Bifferting unterzeichnet ist, der Reichsregierung vorgelegt wurde, sind die beiden Gutachten im Auftrag des Reichskanzlers der Reparationskommission zur Kenntnis gebracht worden. Das erste Gutachten, das der Reichsregierung bekanntlich schon vor einigen Tagen übergeben und veröffentlicht worden ist, war von den Herren Brand, Cassel, Keynes und Gents unterzeichnet.

Der Versuch des Völkerbundes, Oesterreich wieder aufzubauen

Von Dr. Karl Renner, Staatskanzler a. D.

Das Heft 22 der Zeitschrift für Weltwirtschaft „Der Wiederaufbau“ bringt als Epochenartikel einen Aufsatz von dem früheren österreichischen Staatskanzler Dr. Karl Renner, der sich mit den politischen und wirtschaftlichen Folgen der vom Völkerbund für Oesterreich beschlossenen Kreditaktion befaßt. Dr. Renner hält diesen Sanierungsplan des Völkerbundes deshalb für besonders bedeutungsvoll, weil kein Zweifel darüber bestehen kann, daß hier ein Muster geschaffen ist, das auf andere Staaten übertragen werden könnte. Die Ausführungen des Verfassers gehen von dem Gesichtspunkt aus, daß die österreichische Krise nicht durch Reparationszahlungen hervorgerufen oder gesteigert ist, denn die im Friedensvertrag von Saint Germain vorgesehene Unterkommission der Reparationskommission ist längst aus Wien abberufen worden, da an Reparationen nicht zu denken war. Dr. Renner sieht den Hauptgrund für die österreichische Wirtschaftskrise darin, daß Oesterreich durch den Friedensvertrag zu einem verfallenen Wirtschaftskörper geworden ist, der überhaupt nicht in der Lage ist, selbständig zu existieren.

Oesterreichs Volkswirtschaft ist krank und also ist es auch der Staatshaushalt. Der Völkerbundsplan geht daher von der Voraussetzung aus: Stellt man mit gewaltsamen Eingriffen das Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben des Staates wieder her und zwingt man der österreichischen Volkswirtschaft ein goldbedecktes Knie auf, so wird auch die Volkswirtschaft Oesterreichs gefunden. Als ob nicht Defizit und Währungssturz die Folgen der Zerstückelung einer früher blühenden Volkswirtschaft wären. Um das enorme Defizit im Staatshaushalt von 322 Millionen Goldkronen zu beseitigen, sollen schon im Jahre 1923 die Ausgaben für das aktive Personal an Staatsbediensteten um 20 Proz. vermindert oder jeder fünfte Angestellte auf Pfahler geworfen werden. Ende des Jahres 1924 soll jeder dritte Angestellte aus dem Dienste entlassen sein. Was mit den „Abgebauten“ zu geschehen habe, und wovon ihre Familien leben sollen, bleibt ihnen selbst überlassen. In zwei Jahren wären die Staatsausgaben von 628 auf 237 Millionen Goldkronen einzusparen. Eine solche Reduktion der Staatsmaschine, wie sie Oesterreich erfahren soll, ist wohl ohne geschichtliches Beispiel. Es ist keine Frage, daß mit einem Schlage zahllose Existenzen vernichtet werden müssen, wenn dieses Experiment gelingen soll. Es ist aber auch keine Frage, daß die Republik zahlreiche öffentliche Aufgaben, welche einen modernen Fürsorge- und Kulturstaat kennzeichnen, einfach streichen und auf solche Fürsorge und Kultur wird verzichtet müssen.

Damit der Staat diese Selbstverfümmelung hindern zu können die Zeit und die Mittel gewinne, soll ein auswärtiges Anlehen aufgebracht werden und in den Dienst dieser Aufrüstung gestellt werden. Seine Verzinsung wird nicht nur durch die garantierenden Mächte, sondern auch durch die verfallenen österreichischen Zolleinnahmen und Ertragnisse des Tabakmonopols sichergestellt. Diese Konstruktion erinnert insofern an die Dette publique des ottomanischen Reiches.

Insofern übersteigt die hier eingerichtete Kontrolle ihrer historischen Vorbilder nicht. Dieses Programm ergreift die gesamte öffentliche Wirtschaft, berührt zum großen Teile auch die Privatwirtschaft und ist dadurch garantiert, daß der Generalkommissar die erwähnten internationalen Kredite nur teilweise ausfolgt und, wenn er vermeint, daß die Regierung mit der Durchführung im Verzuge ist, die Auszahlung auch einstellen kann. Da der Regierung zugleich verboten ist, sich auf anderem Wege Kredite zu verschaffen, so ist sie dem Generalkommissar auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, es bleibt ihr nur der Appell an den Völkerbundrat.

Für eine so weitgehende Unterstellung eines souveränen Staates unter eine auswärtige Macht besteht wohl kein geschichtliches Beispiel. Ist diese Kontrolle wohlmeinend und selbstlos geführt, so kann sie mit der Vormundschaft über einen Unmündigen verglichen werden; machen sich politische und wirtschaftliche Interessen des Vormundes geltend, so ist sie mehr der Sklaverei verwandt. Es ist kein Wunder, daß sich weite Teile der österreichischen Bevölkerung, die politisch selbstbewußten vor allem, gegen eine solche Kontrolle auflehnen. Auch die Arglosen und Vertrauensseligen hat, als sie die Volkshaus aus Genf näher prüften, ernste Sorge ergriffen. Es handelt sich hauptsächlich um eine Operation auf Tod und Leben, wo jeder Fehlschritt das Ende bedeuten kann. Kann ein Arzt, der den Patienten gar nicht kennt, aus taufend Meilen Entfernung die Operation durchführen? Solche Bedenken hätten den Rat des Völkerbundes veranlassen müssen, die Zusammenarbeit des Kommissars mit der Volkshausleitung und vor allem die Mitarbeit aller Parteien des Parlaments zu fordern. Statt dessen hat der Völkerbundrat — wie es scheint, auf Einflüsterung gewisser Kreise in Oesterreich selbst — die Auszahlung des Parlamentes und die Übertragung einer gewissen diktatorischen Gewalt auf die Regierung in das Protokoll aufgenommen! Ein aufrechtes und selbstbewußtes Volk wird nur mit Widerstreben eine Kontrolle von der Art auf sich nehmen, wie sie die Dette publique Ottomane über die Türkei verhängte. Dazu kommt endlich, daß das Protokoll 1 der Genfer Kreditkonvention das Verbot des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland wiederholt und versichert. Es darf sich daher das Ausland nicht wundern, warum ein Akt, der von seinen Gebihrn als Güte und Rettung gedacht war, von einem so großen Teile

Die Umbildung der Reichsregierung soll sofort versucht werden

Dr. Brüning mit der Umbildung beauftragt — Ein Kabinett des „Wirtschaftlichen Wiederaufbaus“ — Sozialdemokratie lehnt offizielles Zusammenarbeiten mit der Volkspartei ab

Der Reichskanzler empfing am Freitag die Führer der Sozialdemokratischen Partei zur Fortsetzung der Aussprache über ein wirtschaftliches Aktionsprogramm. Hauptgegenstand der Besprechung, an der fast sämtliche Mitglieder der Reichsregierung teilnahmen, bildete jedoch die Frage der Regierungsumbildung.

Der Reichskanzler machte längere Ausführungen, in denen er erklärte, daß der Reichspräsident ihn nunmehr mit der Umbildung der Reichsregierung beauftragt habe. Er wolle dieses Problem sofort in Angriff nehmen und werde, wie es im „Berliner Tageblatt“ heißt, zu diesem Zwecke mit ihm geeignet scheinenden Männern der Wirtschaft in Verhandlungen eintreten. Es liege also, wie die „Vossische Zeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ schreiben, nicht in der Absicht des Reichskanzlers, die sogenannte „Große Koalition“ mit dem Reichstag zu verwickeln, sondern vielmehr unter Führung der Volkspartei zu verwickeln, indem er die Wirtschaftlichen und die zum Teil der deutschen Volkspartei nahe stehenden, ein Kabinett des wirtschaftlichen Wiederaufbaus zu bilden.

Wie das „Berliner Tageblatt“ wissen will, hat der Abg. Hermann Müller als Sprecher der Sozialdemokraten erklärt, daß seine Partei gegen den Eintritt von Männern der Wirtschaft in die Reichsregierung niemals etwas einzuwenden gehabt hätte. Dagegen sei die Sozialdemokratie nach wie vor gegen ein offizielles Zusammenarbeiten mit der deutschen Volkspartei.

Während die „Vossische Zeitung“ berichtet, der Reichskanzler habe zum Ausdruck gebracht, daß zurzeit nur zwei Sätze im Reichskabinett frei seien, das Ministerium des Reichens und das Ministerium des Wiederaufbaus, das eventuell

Oesterreichs mit leidenschaftlichem Protest ausgenommen worden ist.

Betrachtet man die Genfer Arbeitskonvention von einem Standpunkt, der das Los der deutschen Nation in Europa zu überblicken sich bemüht, so wird man nicht ohne Schmerz wahrnehmen, daß neuerdings ein Stück deutsche Erde und deutschen Volkes unter Fremdherrschaft kommt.

Anerkennung der britischen Arbeiterpartei durch einen namhaften bürgerlichen Politiker

In die Rolle, die bürgerliche Politiker Englands der Haltung der englischen Arbeiterpartei im Hinblick auf einen Krieg in Vorderasien bemessen, gibt ein Brief einen interessanten Einblick.

Die schwierige Lage, in der wir uns kürzlich am Bodensee und an den Ardennen befanden, wird, wie ich glaube, der Öffentlichkeit die Gefahr vor Augen geführt haben, der wir uns aussetzen, wenn wir unsere Politik und unsere Ziele weiterhin geheim halten.

Nichts kann ermutigender sein, als die entschlossene Haltung, die die Wortführer der Arbeiter eingenommen haben. Man lasse die Wähler die gleiche Haltung einnehmen und sich weigern, weitere Kriege zu dulden.

Die Arbeiter sind auch in diesem Jahre massenhaft an der Arbeit, um die Kartoffelwägen in die Höhe zu treiben. Um diesen Elementen mit Erfolg entgegenzutreten zu können, ist u. a. in Vorschlag gebracht worden, daß die Eisenbahn nur solchen Bestellern Wagen zur Verfügung stellen soll, die selbst produzieren.

Vom Kartoffelwägen

Die Arbeiter sind auch in diesem Jahre massenhaft an der Arbeit, um die Kartoffelwägen in die Höhe zu treiben. Um diesen Elementen mit Erfolg entgegenzutreten zu können, ist u. a. in Vorschlag gebracht worden, daß die Eisenbahn nur solchen Bestellern Wagen zur Verfügung stellen soll, die selbst produzieren.

Hinter Pflug und Schraubstock

Skizzen aus dem Taschenbuch eines Ingenieurs von Max Esch (Hortkult.)

Beute begann dann in der harmlossten Weise von seinen Arbeiten zu erzählen, von Wägen in Rußland, von Bränden in Bengalen, von einer riesigen Marktallee in Kalkutta. Die Welt schenkte ihm ein Ohr, bald mit den Füßen nach oben, bald mit dem Kopf, bald mit den Füßen nach unten.

„Ich brauche einen Rechner. Wann können Sie eintreten?“ „Am Mittwoch, Herr Esch!“ sagte ich. Du kannst dir denken, wie mir zu nute war.

ten sind oder sich im Besitz einer Genehmigung für die Zulassung zum Kartoffelhandel befinden. Leider ist die Eisenbahnverwaltung, wie uns mitgeteilt wird, nicht in der Lage, diesen Weg zu gehen.

Wilhelms Abzug

Otto Hammann, ein Redakteur beim Auswärtigen Amt, hat in diesen Tagen seine Erinnerungen unter dem Titel „Wilhelm aus der letzten Kaiserzeit“ herausgegeben.

Nach der Absegnung Wilhelms bestand der Prinz darauf, ich solle allein nach Spa fahren. Ich empfahl, vorher bei Scheidemann und Ebert festzusetzen, inwiefern die Verhandlungen zwischen Reichssozialisten und Unabhängigen vorgeschritten seien.

Genügt hat die hiermit abgegebene Danksagung im Hauptquartier nicht, sie hat nur, wie ich nach wenigen Tagen erfuhr, neue Enttäuschung gegen Prinz Max und die um ihn zur Folge gehabt.

Das, lieber Hammann, sind die Zusammenhänge, die Sie gern wissen wollten, und die ich lebhaft im Gedächtnis behalten habe. Wer an der letzten Zeit der monarchischen Regierung Anteil gehabt, insbesondere in der Reichskanzlei den geradezu fürchterlichen Vormittag des 9. November mit durchgemacht hat, muß sich auflehnen gegen die blinde Ungerechtigkeit, die den Prinzen Max von Baden zum Kaiserthronerben und zu einem süddeutschen Feind der Hohenzollern stempeln möchte.

gen Verhandlungen über die Auslegung des rätselhaften Wortlautes der Wilsonschen Note haben ich und meine Mitarbeiter die Überlegung zurückbehalten, daß Prinz Max bis zuletzt bemüht geblieben ist, die Zukunft für ein monarchisches, ein kaiserliches Deutschland sicherzustellen — bis zum Schluß, am 9. November, als Scheidemann und Ebert mit vier anderen Parteiführern in der Reichskanzlei erschienen und dem Prinzen verkündeten — Ebert war der Sprecher — die kaiserliche Regierung habe kein Vertrauen mehr im Volke.

Die Konsequenz des Gewerkschafters

Weil wir in einer Betrachtung über den Ausfall der Landtagswahl in Sachsen, der sehr erfreulichen Tatsache Bedeutung schenken, daß dort zum ersten Male wieder auch die Gewerkschaften durch die örtlichen Gewerkschaftsstellen offen für die Sozialdemokratie auf den Plan traten und Aufreize erhielten, die zur Unterbrechung der Sozialdemokratie aufzurederten, sowie durch Kontrollschleusen die Wahlbeteiligung ihrer Mitglieder feststellten, gibt dem „Vob. Beobachter“ Veranlassung zu einer Lamentation gegen den sozialistischen Geist der freien Gewerkschaften. Er schreibt:

Die Fiktion, als ob die „freien“ Gewerkschaften nicht sozialdemokratisch wären, ist also jetzt offen aufgegeben. Daraus muß jeder, der den freien Gewerkschaften angehört, die Konsequenzen ziehen, nach der einen oder anderen Seite. Wer schwankt, kommt unter die Räder.

Wir sind dem „Vob. Beobachter“ dankbar, daß er uns mit seinen Bemerkungen Gelegenheit gibt, etwas Grundständliches zu der angeführten Frage zu sagen. Wenn sich die in Deutschland nachgehenden gewerkschaftlichen Organisationen als „freie Gewerkschaften“ bezeichnen, so wollen sie damit sagen, daß sie frei von allen arbeitgeberfeindlichen politischen Einflüssen die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter vertreten wollen.

Wenn bei Wahlen die Notwendigkeit an die Arbeiter herantritt, sich für die eine oder andere politische Partei zu entscheiden und sie dies in ihrer Mehrheit für die Sozialdemokratie tun, so ist damit lediglich der Beweis dafür erbracht, daß die gewerkschaftlich gebildeten Arbeiter zu der Überzeugung gelangt sind, daß unsere Partei allein für die Vertretung ihrer politischen Interessen in Betracht kommen kann — wie überhaupt die sozialdemokratische Partei von der Masse des arbeitenden Volkes immer mehr als dessen Hort angesehen wird.

Wir geben sogar noch weiter und sagen: Unsere arbeitenden Volksgenossen in den christlichen Gewerkschaften hätten eigentlich alle Veranlassung, gegenüber der Sozialdemokratie den gleichen Standpunkt einzunehmen. Was sie davon abhält, ist auf das Konto der Beeinflussung politischer Parteien, insbesondere der Zentrumspartei zu setzen.

Wir hoffen, daß sich bei der kommenden Gemeindevahl am 19. November die Gewerkschaften ein Beispiel an dem christlichen Vorbild nehmen und alles aufbieten, auch und in Baden die Arbeiter nicht verlassen und Mann für Mann die sozialistische Hilfe wählen. — Desgleichen die in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter. Es ist nämlich so, wie der „Vob. Beobachter“ oben sagt: Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen nach der einen oder anderen Seite die Konsequenzen ziehen. Der schwankt, kommt unter die Räder! — Oder sollte der „Vob. Beobachter“ vielleicht der Meinung sein, daß die Arbeiter Zentrum wählen sollen? Das wird wohl nicht der Fall sein.

Wer sein Geld liebt,

der facht Meider, Wäsen, Strümpfe, Gardinen usw. nur mit der weltberühmten „Seitmanns Farben, Marke „Fuchsfuß im Stern“, weil sie die besten sind.

aufwies. Die eine Hälfte war in einen Spielplatz umgewandelt, auf dem etliche zwanzig gesunde, kräftig und — nach Schindler — hochhaft aussehende Jungen mit fuchsfarbenen Erbsen und gelegentlich widem Gschrei Kricket spielten. Als er über den Platz dem Hausdor zuging, traf ihn der Kricketball schmerzhaft an den Hinterkopf. Die Jungen waren hierüber in höchem Grade entzückt, trotzdem er, halb betäubt, sich zu entschuldigen suchte.

„Das erinnert mich lebhaft an meinen Vamenregen, Schindler“, sagte Stroh trübselig. „Wir scheinen beide Gläubiger zu sein, jeder in seiner Art. Hat es dir auch den Putz vom Kopf geschlagen?“

„Fast du auch eine faustgroße Beule am Hinterkopf?“ fragte Schindler etwas gereizt, ehe er fortfuhr. Der Doktor, ein riesiger Fettklumpen, wühlte, würdig und wohlwollend, seinen feinen lädler Mann zu sein. Er half dem neuen Kandidaten freundlich über den höllischen Anfang der Vorstellung weg.

„Sehr schön, sehr schön!“ meinte der Direktor, der mit dem Bild eines weltkundigen Menschenkenners sofort bemerkte, daß er einen billigeren französischen Professor scheinlich gewonnen hätte. „Sie haben wohl Jeunisse, Paviere, Neuzengen!“ fragte er aber trotzdem mit würdiger Zurückhaltung.

„Jeunisse — gewiß — das heißt —“ flüsterte Schindler und griff nach seiner wohlgefüllten Brusttasche. Seine Jeunisse waren ja ausgezogen, berührt aber, wie ihm plötzlich schmerzte, auf's Herz fiel, seine Leistungen im Französischen nicht im geringsten. Die wenigen auf seine sprachlichen Kenntnisse bezüglichen Papiere aus der Gymnasialzeit waren die einzig mittelwertigen, die er besaß, und trotzdem hatte sie der epheliche Mensch mitgenommen.

„Sie sehen, Herr Direktor“, sagte er mit dem Mut der Verzweiflung, ehe er diese entfaltete. „Ich bin ein geborener Part. 1. wie Ihnen hier mein Paß bestätigt. Und so ist es wohl nicht unerklärlich, daß ich keinen Wert auf Jeunisse bezüglich meines Französischen lege.“

(Fortsetzung folgt.)

Badische Politik

Demokratisch-gesamtwirtschaftliche Koalitions-Fraktionen

Die Werbung, die der Führer der demokratischen Landtagsfraktion, Abg. Dr. Glöckner, Anbiederungsversuche bei der Deutschen Volkspartei und dem Landbund gemacht hat, um eine Erweiterung der Regierungskoalition zustande zu bringen, wird von der demokratischen Presse bestätigt. Die Demokraten haben also hinter dem Rücken der beiden anderen Koalitionsparteien mit außerhalb der Koalition stehenden Parteien Verhandlungen angesetzt oder anzubahnen versucht. Zu welchem Zwecke, bedarf wohl keiner näheren Erörterung. Es richtet sich der Versuch zweifellos gegen die Sozialdemokratie! Das dieses von Herrn Glöckner behauptete Verfahren wider Treu und Glauben verfährt, geradezu ein Verrat vor allem an dem einen der Koalitionsverbündeten, der Sozialdemokratie, ist, bedarf ebenfalls keiner weiteren Auseinandersetzung. Daß das Verhandeln mit einem der schärfsten und erprobtesten Gegner der Sozialdemokratie nicht geeignet ist, das gegenseitige Vertrauen innerhalb der Koalitionsparteien zu stärken, ist ebenfalls ohne weiteres klar. Die Sozialdemokratie wird jedenfalls sich über die Unzuverlässigkeit der Demokraten nur ihre eigenen Gedanken machen. Dieser Koalitionsgegenseitigkeit wird nunmehr mit einiger Vorliebe zu gehen sein!

Aber — der Herr Schöfer teilmehrheitlich ist auch mit den Rechtsparteien! Die Neue Badische Landeszeitung teilt nämlich auf einige zahme Einwendungen des „Bad. Beobachters“ gegenüber dem Verhalten des Herrn Glöckner mit, daß das Zentrum „gar nicht so tun brauche“, denn — der Herr Dr. Schöfer habe doch vor ungefähre Jahrzehnte die demokratischen Fraktionen ganz besonders eindringlich den Wunsch des Zentrums nahegelegt, eine engere Fühlung mit dem Landbund und der deutschen Volkspartei herzustellen! „Es gibt aber etwas anderes“, so bemerkt das demokratische Blatt weiter, „worüber die Öffentlichkeit nicht unterrichtet ist: nämlich die mannigfachen Verhandlungen, die der Chef der Zentrumspartei und -fraktion, Herr Schöfer, selber mit dem Landbund und der deutschen Volkspartei geführt hat. Daß er mannigfache und ansehnliche auch nicht geringe uninteressante Unterhaltungen, insbesondere mit dem Führer der deutschen Volkspartei, dem Abg. Weber geführt hat, weisen doch die Spalten von den Dächern!“

Das sind ja allerliebste Sachverhalte, die da bei dem Ehegarn in der Koalition ans Tageslicht kommen. Also Herr Schöfer sucht auch Anstich nach rechts. So ein Ehegarnwusch hat doch manchmal sein Gutes. Offen gesagt: Bei Herrn Schöfer und seinem Zentrum wundern uns das nicht. Die Partei war noch nie zu derlässig. Es entspricht ganz ihrer Tradition, daß ihre Politik immer nur auf den größten Vorteil eingestellt ist. Also, die Vorteile des Herrn Schöfer mit dem Herrn Weber und Herrn Glöckner sind wundern uns nicht. Sie liegt in der Natur des Zentrums.

Eine andere Sache ist aber, ob es als Aufschwüfung für die Demokraten gelten kann, deshalb einen Anstich mit Volks- und Landbund zu beginnen, weil das Zentrum auch einen Anstich hat. Und da möchten wir doch sagen, daß wir diese Anstiche der Demokraten nicht gelten lassen können. Die Demokraten sind doch immerhin noch Demokraten — ihr Name besagt es wenigstens. Und der Name — solange man ihn hat und führt — verpflichtet. Selbst wenn er bereits fast nationalaliberal verwestert ist! Wie meinet, es liegt im eigenen Interesse der demokratischen Partei, wenigstens in Sachen der linksorientierten Koalition zuverlässig zu bleiben. Müht sie sich aus schlecht berechneten Gründen, das vermeintliche Vorteile wegen ins Schlepp zu ziehen der deutschen Volkspartei und der Landbündler nehmen, dann können wir ihr heute schon voraussehen, daß bei der nächsten Wahl ein Zweifelster ausreichen wird, um ihre Abgeordneten in den Landtag zu befördern. Die Drohsche, in der die Herrschaften bisher aufgeführt, können sie dann verkaufen.

Die deutsche Notgemeinschaft in Baden

Die Presseabteilung der Bad. Regierung teilt mit: Freitag vormittag 10.11 im Arbeitsministerium die deutsche Notgemeinschaft in Baden gegründet. Die Besprechung über die Organisation der Notgemeinschaft, an der Vertreter der großen Städte, der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie der freien Wohlfahrtsvereine teilnahmen, wurde von Arbeitsminister Dr. Engler geleitet. Die Beratungen, die wegen dringender Verhältnisse des Arbeitsministeriums von Landeskommissar Dr. G. P. H. Mannheimer geleitet wurden, schlossen sich an ein von Frau Oberregierungsrat Dr. Baumgarten geleitetes Referat über die allgemeinen Grundzüge der deutschen Notgemeinschaft an, über das vom Arbeitsministerium ausgearbeiteten Organisationsplan für Baden an. Darnach sollen, was den Aufbau der Organisation angeht, Ausschüsse der deutschen Notgemeinschaft in den 11 Städten unter Vorsitz der Oberbürgermeister und in den Amtsbezirken unter Vorsitz der Amtsvorstände errichtet werden. Von der Bildung eines Landesamtschiffes wird abgesehen. In der Ausschüsse sollen alle produktiven Gewerbetreibenden, Arbeiter und Arbeitnehmer, sowie die freien Wohlfahrtsvereine und die Kreise vertreten sein. Die Durchführung der Sammlung wird nach folgenden Gesichtspunkten in die Wege geleitet werden: Neben der Zeichnung von Geldbeträgen sollen namentlich für die Beime der öffentlichen und privaten Wohlfahrtsvereine auch Lebensmittel, Kleider und Schuhwerk gesammelt werden. Innerhalb der Bezirke wird die Sammlung zentralisiert durchzuführen sein. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die gleichen Landbezirke nicht von mehreren Ortsamtschiffen in Anspruch genommen werden, und daß auch im Hinblick der Verbilligung der Transportkosten Orts- und Bezirksausschüsse in enger Fühlung zusammenarbeiten. Die Sammelerlaubnis ist generell geregelt. Das Ministerium des Innern hat der Deutschen Notgemeinschaft die Genehmigung zu einer Sammlung von Geld und anderen Unterhaltungsgegenständen jeder Art, ausgenommen Sammlungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen, bis zum 31. Dezember d. J. erteilt. Hinsichtlich der Verwendung der Mittel wird maßgebend sein, daß die Sammlung allen nicht mehr im Erwerbsleben stehenden bedürftigen Volksgenossen sowie solchen Personen zuzuwenden, die aus dem Ertrag ihrer Arbeit ihren Lebensunterhalt nicht mehr zu bestreiten vermögen. Bei der Verteilung werden die Ausschüsse Vertreter der Rentner- und Sozialrentnerorganisationen, der antl. Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge usw. zuziehen. Unter Umständen können auch Weisungen für Einrichtungen zur Verringerung der Not (Speisehallen, Wärmestuben usw.) gewährt werden.

An der eingehenden Aufsprache zeigte sich volle Uebereinstimmung über diese allgemeine Richtlinien, insbesondere wurde der Grundsatz der Dezentralisation bekräftigt. Bei Besprechung der Einzelfragen wurde zunächst verlangt, daß die bereits eingeleiteten Hilfsaktionen der landw. Verbände in die deutsche Notgemeinschaft organisatorisch einbezogen werden möchten. Auch das Verzicht auf eine Zusammenfassung der Arbeit in einem Landesamtschiff wurde die Errichtung einer zentralen Sammel- und Ausschüsse im Arbeitsministerium empfohlen. Um etwa in einzelnen Bezirken überflüssige Spenden, vor allem in Naturarten einer planvollen Verwendung zuzuführen.

Der Anregung, den vom Ministerium des Innern festgesetzten Zeitraum für die Sammlung zu verlängern, wurde von dem Vertreter dieses Ministeriums, Ministerialrat Krüppel, die Vermeidung zugelegt. Ganz besondere Beachtung kommt der Besprechung der Frage einer Wohlfahrtsübernahme zu. Die Vertreter der Landesorganisationen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsbundes geben übereinstimmend Erklärungen ab, wonach die örtlichen gewerkschaftlichen Organisationen angewiesen werden, die Leistung einer Uebernahme oder des Bezugs auf den Verdienst einer Arbeitsstelle für die Deutsche Notgemeinschaft unter der Bedingung gleichzeitiger Leistung auf Arbeitsebene durch Verbeifügung entsprechender Verträge in den Betriebsversammlungen in die Wege zu leiten. Diese Wohlfahrtsübernahme könne jedoch nur da in Betracht kommen, wo keine Arbeitsverpflichtung bestehe. Im letzteren Fall sei eine freiwillige Sammlung unter der Arbeiterkraft angelegt. Nach gründlicher Beratung der für den Erfolg der Notgemeinschaft entscheidend wichtigen Frage kam man dahin überein, die näheren Bedingungen für die einheitliche Durchführung der Wohlfahrtsübernahme in einer alsbald einzuuberufenden Konferenz der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Arbeitsministerium festzulegen.

Die Besprechung kann nach ihrem Verlauf und ihrem Ergebnis in hohen Maße die Ueberzeugung befestigen, daß es gelungen wird, mittels eines zweckmäßigen Aufbaues der Deutschen Notgemeinschaft unter der Voraussetzung weitestgehender Opferbereitschaft alle erwerbsfähigen Kreise auch in Baden der schrittweisen Bekämpfung der Not zu helfen und der sonstigen Bedürftigen im bevorstehenden Winter Herr zu werden.

Die neuen Postgebühren

Die wesentlichen Gebühren, die vom 15. November 1922 an im Post-, Postfach- und Fernsprechverkehr und vom 1. Dezember 1922 ab im Fernsprechverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

- Postkarten im Ortsverkehr 3 M., im Fernverkehr 6 M.
- Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gr. 4 M., über 20 bis 100 Gr. 8 M., über 100 bis 250 Gr. 12 M., Briefe im Fernverkehr bis 20 Gr. 12 M., über 20 bis 100 Gr. 16 M., 100 bis 250 Gr. 20 M. (für nicht oder unzureichend freigemachte Postkarten und Briefe wird das Doppelte des Höchstbetrags, mindestens aber ein Betrag von 50 Pf., nachgehoben).
- Drucksachen bis 25 Gr. 2 M., über 25 bis 50 Gr. 3 M., über 50 bis 100 Gr. 6 M., über 100 bis 250 Gr. 12 M., über 250 bis 500 Gr. 16 M., über 500 Gr. bis 1 Kg. 20 M.
- Anschlagskarten, auf deren Vorderseite Größe oder ähnliche Schriftzeichen mit höchstens fünf Werten niedergezeichnet sind, 2 M. (Anschlagskarten die weitergehende schriftliche Mitteilungen enthalten oder bei denen sich Mitteilungen auf der Rückseite befinden, unterliegen der Postkartengebühr).
- Geldschleppbriefe und Mitteilungen bis 250 Gr. 12 M., über 250 bis 500 Gr. 16 M., über 500 Gr. bis 1 Kg. 20 M.
- Warenproben bis 250 Gr. 12 M., über 250 bis 500 Gr. 16 M.; Päckchen bis 1 Kg. 24 M.
- Pakete: Postzone bis 5 Kg. 60 M., über 5 bis 6 Kg. 72 M., über 6 bis 7 Kg. 84 M., über 7 bis 8 Kg. 96 M., über 8 bis 9 Kg. 108 M., über 9 bis 10 Kg. 120 M., über 10 bis 11 Kg. 144 M., über 11 bis 12 Kg. 168 M., über 12 bis 13 Kg. 192 M., über 13 bis 14 Kg. 216 M., über 14 bis 15 Kg. 240 M., über 15 bis 16 Kg. 264 M., über 16 bis 17 Kg. 288 M., über 17 bis 18 Kg. 312 M., über 18 bis 19 Kg. 336 M., über 19 bis 20 Kg. 360 M. In der Fernzone das Doppelte des Tarifs wie in der Postzone.
- Zeitungspakete bis 5 Kg. 30 M., Fernzone 60 M.
- Wertpapiere (Wertbriefe und Wertpakete) die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung und die Versicherunggebühr, die beträgt für je 1000 M. 6 M., mindestens bei einer Sendung 10 M.
- Postanweisungen bis 50 M. 6 M., über 50 bis 200 M. 10 M., über 200 bis 500 M. 16 M., über 500 bis 1000 M. 20 M., über 1000 bis 2000 M. 24 M., über 2000 bis 5000 M. 30 M., über 5000 bis 10000 M. 40 M. (Reisbetrag ist von 5000 M. auf 10000 M. erhöht).

Die Einschreibgebühr ist auf 8 M., die Vorzeichengebühr für Nachnahmen und Postaufträge auf 6 M. festgesetzt. Für die Gelbbestellung sind bei Vorauszahlung zu entrichten für eine Dreifachsendung: nach dem Ortsbestellbezirk 15 M., nach dem Landbestellbezirk 45 M.; für Pakete 30 M. bezw. 60 M.

Schiffkarten bis 50 M. einschl. 3 M., über 50 bis 200 M. 5 M., über 200 bis 500 M. 8 M., über 500 bis 1000 M. 10 M., über 1000 bis 2000 M. 12 M., über 2000 bis 5000 M. 15 M., über 5000 bis 20000 M. 20 M., für je weitere 10000 M. oder einen Teil dieser Summe mehr 10 M.

Im Fernverkehr sind die wichtigsten Gebühren für Ferntelegramme Grundgebühr 20 M., und außerdem für jedes Wort 10 M., Ortstelegramme Grundgebühr 10 M., und außerdem für jedes Wort 5 M.; für Zustellung bei ungenügender Anschrift 16 M.

Die Auslandsgebühren betragen vom 15. November 1922 ab: für Postkarten 24 M., jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 18 M.; für Briefe bis 20 Gr. 40 M., jede weiteren 20 Gr. 20 M. (Meißengebiet 2 M.);

Geldschleppbriefe für je 50 Gr. 8 M., mindestens 40 M.; Warenproben für je 50 Gr. 8 M., mindestens 16 M.

Die Fernspreckgebühren nach dem Fernspreckgebühren-Gesetz vom 11. Juli 1921 und der Fernspreckordnung vom 25. August 1921 werden vom 1. Dezember an um 1300 v. S. erhöht. Die Verbilligungen in voraus fälligen laufenden Gebühren (z. B. die Grundgebühren für Hauptanschlüsse, außerdem die in der Fernspreckordnung festgesetzten Gebühren für Nebenanschlüsse, Querverbindungen, Anschlußkosten und Zusatzleistungen, die Zuschläge für Leistungsstörungen außerhalb des Fernsprecktariffes) werden jedoch erst vom 1. Januar 1923 an mit dem höheren Zuschlag belegt. Vom 1. Dezember an werden u. a. erhöht die Einrichtungsgebühren, die Orts- und die Fernspreckgebühren. Darnach beträgt die Grundgebühr für die Ueberleitung und Unterhaltung eines Hauptanschlusses (ohne Zuschläge und ohne Gesprächsgebühren) vom 1. Januar 1923 an: in Ortsnetzen mit nicht mehr als 50 Hauptanschlüssen 5320 M., in Ortsnetzen mit nicht mehr als 50 bis einschl. 100 Hauptanschlüssen 5880 M., 100 bis einschl. 500 Hauptanschlüssen 6440 M., 500 bis einschl. 1000 Hauptanschlüssen 7000 M., 1000 bis einschl. 5000 Hauptanschlüssen 7840 M., 5000 bis einschl. 10000 Hauptanschlüssen 8400 M., 10000 bis einschl. 50000 Hauptanschlüssen 8960 M. usw.

Die Gebühr für ein Ortsgespräch beträgt vom 1. Dezember 1922 an von einer Teilnehmerstelle aus 3.50 M. Für die Benutzung von Fernleitungen ist vom 1. Dezember 1922 an zu zahlen: für ein Gespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer bei einer Entfernung bis zu 5 Km. einschl. 3.50 M., von mehr als 5 bis 15 Km. 10.50 M., von mehr als 15 bis 25 Km. 17.50 M., von mehr als 25 bis 50 Km. 28 M., von mehr als 50 bis 100 Km. 42 M., über 100 Km. für jede angefallenen weiteren 100 Km. 21 M. mehr. Bei öffentlichen Gesprächsleistungen beträgt vom 1. Dezember 1922 an die Gebühr für ein Gespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer im Ortsverkehr und im Fernverkehr auf Entfernungen von nicht mehr als 5 Km. 7 M.

Was ist möglich?

Diese Frage stellte Herr v. Gwinner, Direktor der deutschen Bank und beantwortet sie im „Berliner Tagebl.“ u. a. wie folgt: Die brennende Frage: was ist möglich, um Deutschland aus seiner verzweifeltsten Lage zu befreien und in den Stand zu setzen, eine weitere Kriegsentfesselung zu bezagen?

Wahrscheinlich hat das Gesicht nach Osten gewendet und zählt in der Weltwirtschaft nicht mehr mit; das ist schlimm genug. Der ganze liberale Osten und Südosten Europas spielt im Weltverkehr keine Rolle mehr; das ist schlimmer. Aber am schlimmsten verhängnisvoller für Europa und die ganze Welt, ist Deutschlands Zustand; denn das Deutsche Reich war einer der drei Pfeiler der Weltwirtschaft; fällt dieser Pfeiler, so bleiben nur die Ruinen übrig!

Durch Eliminierung des Unmöglichen will ich versuchen, die Frage zu beantworten: Was ist möglich?

Erstens: Unmöglich ist eine Fortdauer der Besetzung unserer Rheinprovinzen, wenn Deutschland überhaupt irgend etwas leisten soll.

Also gebt doch durch Verträge, oder einen wirklichen Völkervertrag, oder wie immer, Frankreich die Sicherheit, daß niemand es angreifen wird! Oder besser: gebt auch Deutschland solche Sicherheit! Wenn Frankreich aber so weiter wirtschaftet, „es müßte doch zugrunde gehen“, selbst wenn Deutschland alles zahlen könnte.

Das Aufheben der Besetzung unserer Rheinlande würde Deutschland auch wieder eine geschlossene Zollgrenze geben. Die offene Grenze von Basel bis Wesel genügt für sich allein, um Deutschland und damit den ganzen Kontinent, was davon noch übrig ist, wirtschaftlich zu ruinieren.

Zweitens: Es ist undenkbar, daß Deutschland auch nur die feitherigen Überlässe noch viel länger aushält. Die Kohlenlieferungen — 20 Millionen Tonnen zu 30 Schilling, gleich 600 Millionen Goldmark, gleich 800 000 Millionen Papiermark jährlich, bringen für sich allein Deutschlands Volkswirtschaft zu gewaltigem Ende.

Deutschland hat sechs seiner reichsten Provinzen verloren, Oberschlesien und das Saarland, Elsaß-Lothringen, Polen, Westpreußen; ein Drittel seiner Kohlenbasis, drei Viertel seiner Eisen- und Stahlwerke, seine Handelsflotte, seine Handelsplätze, seine ausländischen Anlagen, seine Kolonien. Es hat im Weltverkehr weit über ein Drittel seines Volkvermögens geopfert. Wir können unsere Bevölkerung nicht mehr unterhalten, es fehlt an Kleidung, an Nahrung, an allem. Wenn wir durch Reparationen, Missionen, Kommissionen und ein Befehlshaber, das mehr kostet als Meer und Flotte zusammen im Frieden, so weiter bebrüllt, ausgeblutet und gepeinigt werden, so muß der gewaltige deutsche Dampfkegel so sicher zerplatzen, wie das zerplatzt hat in ihrer Wirtschaftlichkeit so fest verschraubt hatten, daß es explodieren mußte.

Drittens: Wir brauchen eine Atempause von mehreren Jahren, in der alle Einlagen von Geld und Gut aufhören. Deutschlands Ausfuhr ist von jetzt an vier Goldmillarden gefallen, die Zahlungsbilanz ist schwer passiv. Wir brauchen Brot, nach einer schlechten Ernte, 2 1/2 Millionen Tonnen mindestens, die wir zum Weltmarktwert von 7 1/2 Pfund Sterling je Tonne für 375 Millionen Goldmark, das sind über 500 000 Millionen Papiermark, kaufen müssen. Ihr werdet uns bald helfen müssen, wie ihr den Weltverkehr stützen müßt. Kommt zu Sinnen, solange es Zeit ist!

Wenn aber die Welt zu Verstande kommt, so ist noch Rettung möglich. Eine kleine Anleihe allein kann Deutschland nur überleben helfen, aber nicht für dauernd, so wenig wie Kompensationsleistungen einem Sterbenden.

Sind erst die Unmöglichkeitkeiten beseitigt, dann kann über Währungsreform verhandelt werden. Was einem Volk genommen werden kann, das alles haben wir hingegeben. Auch der Elend muß ernährt werden, ehe der Herr den Ertrag der Sklavenarbeit genießen kann.

Deutschland kann nach einer Atempause einen erheblichen Teil des Ueberflusses seiner Ausfuhr bezahlen. Auf dem Wege einer internationalen Anleihe, die zunächst nirgend emittiert zu werden braucht, läßt sich eine Lösung noch finden.

Bewerkschaftliches

Landesauschuß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes

Wie uns mitgeteilt wird, wurde ausgangs vorigen Monats ein vorläufiger Landesauschuß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes gebildet. Die Geschäftsstelle befindet sich in Karlsruhe, Hauptstr. 26. Dem A.D.B. sind bis jetzt angehörende Beamtenverbände — Reichssekretariat der Eisenbahnbeamten und Anwärter, Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter, Arbeitsgemeinschaft der Post und Telegraphenbeamten, Bund der techn. Angestellten und Beamten, Hauptfachgruppe Behörden, Deutscher Werkmeisterverband, Beamtenabteilung, Reichsverband der Verwaltungsbeamten, Allgemeiner Verband der Deutschen Bankangestellten, Sektion Beamte der staatlichen und kommunalen Banken, Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Beamtensektion.

Heute Samstag, den 11. ds. Mts., abends 8 Uhr, findet im Saal „zum Elefanten“ in Neckstruße eine öffentliche Versammlung statt, in welcher das Vorstandsmittglied Dr. Böllner über die Besetzung und Rechtsfragen der Beamten und die Stellung des A.D.B. sprechen wird.

Aus der Partei

Anielingen. Sonntag nachmittag 3 Uhr findet in der „Kanne“ eine Wählerversammlung statt. Die Parteigenossen werden ersucht, für einen guten Besuch zu agieren.

* Oppenau, 11. Nov. Morgen Sonntag vormittag 11 Uhr findet im Bürgeraal im Rathaus eine öffentliche Versammlung statt, in der Bürgermeister Gen. Bücker, Oppenau über die bevorstehenden Gemeindevahlen sprechen wird. Die gesamte wahlberechtigte Bevölkerung, Männer und Frauen, ist zu dieser Versammlung eingeladen.

Wiesbaden, 11. Nov. Sonntag, 12. Nov., nachm. 2 Uhr, findet im Gasthaus zum „Höfle“ eine öffentliche Wählerversammlung statt. Gen. Bücker, Wiesbaden, über die bevorstehenden Gemeindevahlen sprechen. Gerade die letzten Vorlesungen in der Gemeinde seien, wie notwendig eine starke Vertretung der Arbeiterpartei im Gemeindevorstand ist. Darum Arbeiter und Beamte, auf in die Versammlung am Sonntag im „Höfle“. Parteigenossen, sorgt für einen guten Besuch.

Ihr Vorteil

liegt im Einkauf! Verlangen Sie daher nur „Wido“ (Terpentinölwehre), die sparameste und daher billigste Schubereme. Kleiniger Fabrikant: Widovert Schwemningen a. N.

Zu den badischen Gemeindewahlen

Unsere Städtische Straßenbahn

O. Beck, Stadtdirektor

Man vergesse nicht, daß heute im Bewußtsein der städtischen Bevölkerung des Straßenbahnfahrens vielfach nicht, daß der Kampf seit dem Einsetzen der Entwertungsstadien der deutschen Mark, um die Erhaltung der Straßenbahnen selbst geht. In diesem Kampfe haben eine Reihe von Städten bereits die Segel gestrichen. Die Städte Osnabrück, Münster, Würzburg, Schweinfurt, Jülich, Altona, Friedberg, Landsberg und Verden haben ihre Straßenbahnbetriebe eingestellt. Auch der Berliner Straßenbahnverkehr ist eingestellt. Und der Berliner Straßenbahnverkehr ist eingestellt. Und der Berliner Straßenbahnverkehr ist eingestellt.

Man vergesse nicht, daß heute im Bewußtsein der städtischen Bevölkerung des Straßenbahnfahrens vielfach nicht, daß der Kampf seit dem Einsetzen der Entwertungsstadien der deutschen Mark, um die Erhaltung der Straßenbahnen selbst geht. In diesem Kampfe haben eine Reihe von Städten bereits die Segel gestrichen. Die Städte Osnabrück, Münster, Würzburg, Schweinfurt, Jülich, Altona, Friedberg, Landsberg und Verden haben ihre Straßenbahnbetriebe eingestellt. Auch der Berliner Straßenbahnverkehr ist eingestellt. Und der Berliner Straßenbahnverkehr ist eingestellt.

Man vergesse nicht, daß heute im Bewußtsein der städtischen Bevölkerung des Straßenbahnfahrens vielfach nicht, daß der Kampf seit dem Einsetzen der Entwertungsstadien der deutschen Mark, um die Erhaltung der Straßenbahnen selbst geht. In diesem Kampfe haben eine Reihe von Städten bereits die Segel gestrichen. Die Städte Osnabrück, Münster, Würzburg, Schweinfurt, Jülich, Altona, Friedberg, Landsberg und Verden haben ihre Straßenbahnbetriebe eingestellt. Auch der Berliner Straßenbahnverkehr ist eingestellt. Und der Berliner Straßenbahnverkehr ist eingestellt.

Man vergesse nicht, daß heute im Bewußtsein der städtischen Bevölkerung des Straßenbahnfahrens vielfach nicht, daß der Kampf seit dem Einsetzen der Entwertungsstadien der deutschen Mark, um die Erhaltung der Straßenbahnen selbst geht. In diesem Kampfe haben eine Reihe von Städten bereits die Segel gestrichen. Die Städte Osnabrück, Münster, Würzburg, Schweinfurt, Jülich, Altona, Friedberg, Landsberg und Verden haben ihre Straßenbahnbetriebe eingestellt. Auch der Berliner Straßenbahnverkehr ist eingestellt. Und der Berliner Straßenbahnverkehr ist eingestellt.

Man vergesse nicht, daß heute im Bewußtsein der städtischen Bevölkerung des Straßenbahnfahrens vielfach nicht, daß der Kampf seit dem Einsetzen der Entwertungsstadien der deutschen Mark, um die Erhaltung der Straßenbahnen selbst geht. In diesem Kampfe haben eine Reihe von Städten bereits die Segel gestrichen. Die Städte Osnabrück, Münster, Würzburg, Schweinfurt, Jülich, Altona, Friedberg, Landsberg und Verden haben ihre Straßenbahnbetriebe eingestellt. Auch der Berliner Straßenbahnverkehr ist eingestellt. Und der Berliner Straßenbahnverkehr ist eingestellt.

Man vergesse nicht, daß heute im Bewußtsein der städtischen Bevölkerung des Straßenbahnfahrens vielfach nicht, daß der Kampf seit dem Einsetzen der Entwertungsstadien der deutschen Mark, um die Erhaltung der Straßenbahnen selbst geht. In diesem Kampfe haben eine Reihe von Städten bereits die Segel gestrichen. Die Städte Osnabrück, Münster, Würzburg, Schweinfurt, Jülich, Altona, Friedberg, Landsberg und Verden haben ihre Straßenbahnbetriebe eingestellt. Auch der Berliner Straßenbahnverkehr ist eingestellt. Und der Berliner Straßenbahnverkehr ist eingestellt.

Man vergesse nicht, daß heute im Bewußtsein der städtischen Bevölkerung des Straßenbahnfahrens vielfach nicht, daß der Kampf seit dem Einsetzen der Entwertungsstadien der deutschen Mark, um die Erhaltung der Straßenbahnen selbst geht. In diesem Kampfe haben eine Reihe von Städten bereits die Segel gestrichen. Die Städte Osnabrück, Münster, Würzburg, Schweinfurt, Jülich, Altona, Friedberg, Landsberg und Verden haben ihre Straßenbahnbetriebe eingestellt. Auch der Berliner Straßenbahnverkehr ist eingestellt. Und der Berliner Straßenbahnverkehr ist eingestellt.

gesunden Sinn der Wählerschaft zu glauben, der bei objektiver Würdigung der Verhältnisse der Sozialdemokratie die Anerkennung für ihre nicht gerade dankbare Arbeit nicht versagen kann.

Unser Stadtpark

Der Stadtpark ist unstreitig ein Anziehungspunkt für Jung und Alt und zwar nicht nur für die Einheimischen, sondern vielmehr noch für die Fremden, die Karlsruhe einen Besuch abstatten. In den früheren Jahren war der Stadtpark ein Stelldichein für die sogenannte bessere Gesellschaft, in dem der Eintrittspreis so bemessen war, daß es für eine Arbeiterfamilie, bei den damaligen Löhnen, außerordentlich schwer war, die Annehmlichkeiten des Stadtparks genießen zu können. Die damalige national-liberale Staatsverwaltung, deren Herrschaft auf Grund des Dreiklassenwahlrechts sehr lange andauerte, hat sich den Wünschen der unteren Volksklassen gegenüber nicht schroff ablehnend verhalten. Erst mit dem Einzug der Sozialdemokraten in das Reichsparlament wurde der national-liberale Charakter abgeworfen, durch Einführung sogenannter billiger Tage. Es war besonders das Verdienst des Genossen Andreas Kallenberg, der sich mit aller Energie dafür einsetzte, daß das Privileg der wohlhabenden Klassen durchbrochen und der Stadtpark, wenn auch zunächst nur an bestimmten Tagen, der Allgemeinheit zugänglich gemacht wurde. Im Laufe der Jahre hat der Stadtpark an Schönheit noch wesentlich gewonnen durch Neuanlagen, wobei der Hofgarten und die „Wolfsanlage“ besonders hervorzuheben sind. Der Name „Wolfsanlage“ kommt daher, weil das Geld zu dieser Anlage vom Kommerzienrat Wolf, Firma Wolf u. Sohn gestiftet wurde. Zum Stadtpark gehört auch die Wäldchen-Tiergarten, allerdings kein Tiergarten wie in Berlin oder sonst einer Großstadt, aber immerhin ein Freudenplatz für unsere Jugend. Im Tiergarten ist bezüglich der Zahl und Auswahl der Tiere gegenüber der früheren Jahren ein Rückschritt eingetreten und es wäre sehr wünschenswert, daß die im Laufe der Zeit eingegangenen Tiere wieder ersetzt würden. Besonders die Seelöwen waren ein Anziehungspunkt; bei dem Verlust von rund 2 Millionen Mark in diesem Jahr und dem gegenwärtigen Preis der Tiere — ein Exemplar 100.000 Mark — kann man sich vorstellen, daß es allerdings nicht verlohrt, die Wünsche des Publikums zu berücksichtigen. Hier wäre für manche Bürger der Stadt, die über einen unverschuldeten Vermögenszuwachs verfügen, Gelegenheit geboten, durch Erziehung von einem Paar Seelöwen oder sonst einem passenden Tier sich einen guten Namen zu machen. Zu dem Verlust im Stadtpark sei bemerkt:

Der dem Fräulein g. mit kleinen Abschreibungen. Fall des Fall auf. Erhalten war ein kleiner Leberkäse. 1896 war ein Leberkäse von 5000 Mark im Jahre 1911 ein Leberkäse von 2 1/2 Mark. Im Jahre 1912 war ein Leberkäse von 7 1/2 Mark und nun kam der Krieg und das Defizit vergrößerte sich von Jahr zu Jahr. Das Rechnungsergebnis ist folgendes:

1914	Zusatz der Stadt	26 850 Mark
1915	"	72 815 "
1916	"	70 829 "
1917	"	76 776 "
1918	"	34 748 "
1919	"	362 605 "
1920	"	1 315 250 "
1921	"	812 087 "
1922	"	2 617 779 "

Nach diesen erdrückenden Rechnungsergebnissen dürfte es wohl begreiflich erscheinen, warum der Eintrittspreis sich fortgesetzt erhöht, dem auch die sozialdemokratische Bürgervereinsfraktion sich nicht entgegenstellen kann.

Ein Korruptionsfonds für die bürgerlichen Parteien

Aus welchen Quellen die Wählerlisten der bürgerlichen Parteien gespeist werden, zeigt nachfolgendes Schätzblatt, das die Mannheimer „Volkstimme“ zu veröffentlichen in der Lage ist: Arbeiterverband der Hofengebiet.

Die bürgerlichen Parteien, die in erster Linie die Interessen der in den Arbeitgeberverbänden vertretenen Firmen vorzuziehen, bedürfen zur Aufrechterhaltung ihrer Tätigkeit dringend größerer Geldmittel. Da eine andere Organisation zur Erreichung ähnlicher Zwecke in Mannheim nicht zur Verfügung steht, hat das Kartell in einer Mitgliederversammlung einstimmig beschlossen, seinen Mitgliedsverbänden dringend zu empfehlen, auf den Kopf des beschäftigten Arbeitnehmers (Arbeiter und Angestellte) den Betrag von mindestens 20 Mark zu erheben. Diese Beträge werden beim Bund und bei der Erhebung eines Beitrags für die Wählerlisten nach einem bestimmten Verteilungsschlüssel auf die bürgerlichen Parteien verteilt werden.

Wir geben diesen Empfehlungsschlüssel des Kartells der Mannheimer Arbeitgeberverbände an unsere Mitgliedsfirmen weiter und hoffen, daß unsere sämtlichen Mitgliedsfirmen bereit sind, der Aufforderung Folge zu leisten. Der für Ihre Firma in Betracht kommende Betrag beläuft sich bei einer Arbeiterzahl von ... auf ... Mark. Wir streikt allein Leben auf weiter flur. Die übrigen Arbeitgeber Süddeutschen Bank unter dem Stichwort „Wahlfonds“ möglichst umgehend einzahlen zu wollen und bemerken, daß auch größere Spenden gerne entgegengenommen werden.

Die Geschäftsstelle: Elsäßer, Syndikus. Daß es doch noch Arbeitgeber gibt, die diese Korruptions-Wirtschaft ablehnen, kommt in einem Antragsprotokoll zum Ausdruck, das ein demokratischer Arbeitgeber beigefügt hat; es lautet: „Ich bin empört über den Inhalt dieses Schreibens, weil ich mich frage, wo bleibt der Widerspruch gegen die demokratischen Parteigenossen, die doch ganz mehr oder minder auch dabei waren, als dieser Beschluß gefaßt wurde. Sind sich denn diese Herren nicht des Widerstands bewußt, im Reich und im Landtag zusammen mit den Arbeiterparteien gegen Reich und Reichslandern zusammen gegen Links zu arbeiten? Ein Demokrat soll Wählergeld hergeben, um die Kassen der Reichslandern zu füllen? ... Ich will hoffen, daß aber den Vorständen die Gefolgschaft verläßt wird.“

Dieser entrüstete Demokrat wird wahrscheinlich mit seinem Protest allein stehen auf weiter flur. Die übrigen Arbeitgeber werden die Korruption für den Wahlfonds der bürgerlichen Parteien. Natürlich hat kein Arbeitgeber etwas umsonst, er will auch eine Gegenleistung haben, wenn er schmeichelt. Die Gegenleistung haben dann die mit dem Schmeicheln gewöhnten bürgerlichen Ge-

meindeverordneten in ihrer Tätigkeit auf dem Rathaus zu gewährleisten. Sie müssen also die Interessen der Arbeitgeber, des Kapitals vertreten, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, bei der nächsten Wahl abgesetzt zu werden. Die Aufgabe der Arbeiterfraktion, des gesamten wehrfähigen Volkes gegenüber dieser Korruptionswirtschaft ergibt sich von selbst: Mit aller Kraft darauf hinarbeiten und mitwirken, daß möglichst wenige bürgerliche Vertreter auf die Rathhäuser kommen; mit aller Energie also dafür sorgen, daß die Sozialdemokratie die Herrschaft bekommt.

Aus der Stadt

* Karlsruhe, 11. November

Geschichtskalender

11. November. 1821 *Der russ. Schriftsteller Fedor Dostojewski in Moskau. — 1918 Einstellung der Feindfeindlichkeit an allen Fronten des Weltkriegs. — 1918 Sturz der Dynastien in Oldenburg, Mecklenburg, Weimar, Lippe usw.

12. November. 1918 Sozialdemokratisches Kabinett in Preußen. — 1918 Abdankung der Hohenzollern. Oesterreich wird Republik. — 1918 Abschaffung der Gefängnis- und Landarbeiterausnahmsgesetze.

Karlsruher Parteinachrichten

Mittel- und Süddeutsche. Montag, 13. Nov., abends 8 Uhr, im großen Saale der Handelskammer Bezirksversammlung mit äußerst wichtiger Tagesordnung. Das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen des Bezirks ist daher dringend erforderlich. Bezirk Albstadt, Sonntag, 12. Nov., vorm. 10 Uhr im „Gedlenen Pöck“ Komiteefigung, wozu das Erscheinen der Ortsgruppenleiter und Bezirksleitererforderlich ist.

Sammelt für den Wahlfond

Wahlfondsmarken sind bei den Vertrauensleuten erhältlich oder bei Gen. Kassierer Lang, Kaiserstr. 46. Auch können Beiträge auf das Giro-Konto des Wahlfonds, Vereins Nr. 7705 bei der Stadt, Sparkasse einbezahlt werden.

Zum Untergang bei

Mit der deutschen Wirtschaft geht es immer mehr bergab, und zwar mit einer blühartigen Schnelligkeit. Der Dollar klettert in die Höhe, sinkt andern Tags vielleicht wieder, um nachher desto stärker wieder anzuziehen. Die Preise lassen sich ihm an, d. h. wenn er in die Höhe geht, so daß die reinsten Wahrscheinlichkeitspreise bezahlt werden müssen.

Das Pfund Schweinefleisch kostet jetzt 700 Mark und darüber. In Friedenszeiten konnte dasselbe Quantum unter 1 Mark gekauft werden, also haben wir eine mehr als 600fache Erhöhung zu verzeichnen. Die Schweine treiben es mit dem Aufschlag schon kaummäßig. Ein Pfund Speck kostet jetzt 300 Mark, gegenüber 18 Mark vor einem Jahre. Im ersten Kriegsjahre noch konnte man sich für 7 Mark einen ganzen Hahn kaufen. Aber heute ist schon eine alte Kuh 5 Mark wertiger, das ein Pfund Fleisch von ihrem oft leberartigen Fleisch 188 Mark kostet.

Ein Ei steht nunmehr auf 55 Mark. Kein Wunder, daß der Arbeiter nicht mehr weiß, wie hoch er seinen Kopf tragen soll, der Mann schwillt ihm immer mehr an, nicht minder aber auch sein Nachbar. Bei diesem unglücklich hohen Preis hat man nicht einmal die Garantie, ob frische Eier verarbeitet werden oder gar über gewaschene Kaffeebohnen, die im Laufe des Sommers um 8 Mark das Stück eingekauft wurden.

Am tollsten wird es mit den Mehlpreisen getrieben. Die Süddeutsche Mühlenvereinigung setzte den Nichtpreis für Weizenmehl Spezial 0 am 10. Nov. auf 51 600 Mark für den Doppelzentner ab. Ein Pfund kommt demnach ohne Fracht Groß- und Mehlhandelsverdienst auf 258 Mark zu stehen.

Die Fettpreise sind ungeheuerlich. Ein Pfund Schweinefett wird nun nach gegen Entziehung von 1000—1200 Mark den Frauen ausgehändigt. Im Großhandel spricht man von Einkaufspreisen für Fett von 800 bis 1000 Mark. Hier muß sich die Waise, aber auch hier ist viel an Gewinn dabei, denn je höher der Preis, je höher muß auch, nach dem durch die Periode des „Hindenburg-Programms“ anserigenen Grundbesitz der Prengelhaft sein, der verdient wird.

Man kauft nun ungeheuren Mengen Schwärmen, wie sie noch nie da waren. Die keine Produktionskosten und kein Futtergeld verschlingen, die der unermessliche Ocean den Menschen liefert, die nur gefangen werden müssen. Und ein vollkommener Narr muß der sein, der da sich weismachen läßt, der Rang mit Einkauf der Frachten sei so viel kürzer geworden, daß der Herr, der in Friedenszeiten 5 Pf. kostete, heute dreißig Mark kosten muß. Oder ein Wählerling, der für 10 Pf. zu haben war, 50 Mark.

Wie auf dem Lebensmittelmarkt, so verhält es sich auch mit allen Verbrauchsgüter, Kleider, Schuhen usw. Man kann sich keine Unterwäsche und Oberkleider mehr kaufen, man muß frieren und verblümt vorliebnehmen.

Man könnte viel aufzählen, was nur zu Wucherpreisen erhältlich ist, nur eines ist immer noch zu billig, die Arbeitskraft. Sie ist tief unten gefallen und die Arbeitenden können sich schämen von früh bis spät, sie müssen dennoch hungern, denn der Wucher mit dem, was er erzeugt, reißt ihm alles von den Augen weg.

In der Bibel heißt es: „Als der Herr die abgrundtiefe Schiefechigkeit der Menschen sah, da ließ er eine große Sintflut kommen und sie alle von der Erde vertilgen.“ Wenn Schiefechigkeit der Menschheit sein soll, dann kann die Sintflut heute schon kommen, denn die Schiefechigkeit ist verbreitet genug, dann darf schleunigt werden. So viel Prevel hat noch nie zum Himmel geschrien wie heute. Und die unschuldige Erde wird erleichtert aufatmen — wenn sie diese Menschheit los hat.

Zur Straßenbahnfahrerentlohnung

wird uns von zukünftiger Stelle geschrieben: Die immer weiter steigendeuerung kann auch für den Tarif der städt. Straßenbahn und der Karlsruher Lokalbahnen nicht ohne Folgen bleiben. Der Stadtrat hat daher mit Zustimmung des Stadterordnetenkollegiums beschlossen, daß mit Wirkung vom Sonntag, den 12. November ds. J. die Tarife durchweg um 35 Proz. in die Höhe gesetzt werden. Die Fahrpreise sind bis 5 Teilstrecken kosten demnach 20 Mark, diejenigen über 5 Teilstrecken 30 Mark, die Fahrpreise bis 2 Teilstrecken werden auf 160 Mark, diejenigen bis 3 Teilstrecken auf 210 Mark erhöht. Die Einzelfahrt stellt sich demnach bei Fahrten mit Fahrscheinheiten bis zu zwei Teilstrecken auf 13,33 Mark und bis 3 Teilstrecken auf 17,50 Mark.

Die Beförderungsbedingungen haben eine Änderung dahin erfahren, daß derjenige welcher trotz Aufforderung ohne gültigen Fahrscheinheit fährt außer dem Fahrpreis den 10fachen Betrag des niedrigeren Fahrscheinpreises zu entrichten hat. Auch die Tarife der Karlsruher Lokalbahn müssen entsprechende Erhöhung erfahren.

...: Rappur. Die Oberlehrerstelle an der hiesigen Volkshochschule wurde seit Anfang dieses Jahres provisorisch verwaltet. Wie nun aus dem Stadtratsbericht hervorgeht, ist Herr Hauptlehrer W. Steinhauser zum Oberlehrer für die Rappurter Volkshochschule ernannt worden.

Neuer „Klub des Antifemismus“ spricht heute abend Reichstagsabg. Schöpslin in einer von der „Antifemistischen Sozialistischen Partei“ „Rei-zi-on“ Karlsruhe einberufenen Versammlung im großen Rathsaussaal. Zu dem Vortrag, der um 8 Uhr beginnt, ist jedermann eingeladen.

Die Ausstellung von Kunstwerken aus Karlsruhe Privatbesitz wird am Montag, den 13. November, endgültig geschlossen. Es bietet sich also am kommenden Sonntag zum letzten Mal Gelegenheit, das vielseitige und interessante Material des Karlsruher privaten Kunstbesitzes zu sehen.

Der Verkehr im hiesigen Hauptbahnhof. Die hiesigen Bahnhöfe, die an den Bahnstationen ihre Hauptarten haben, liegen darüber, daß sie an verkehrsreichen Tagen unendlich lange auf Befriedigung warten müssen. Demgegenüber teilt das hiesige Stationsamt auf eine Anfrage des Verkehrsvereins mit, daß es alle Maßnahmen getroffen habe, um den stärksten Verkehr an den Schaltern glatt abzuwickeln. Das Publikum sei aber in vielen Fällen an Verzögerungen selbst schuld, vor allem dadurch, daß es für kleinere Fahrgeldbeiträge Scheine von 100 M., 500 M., 1000 M. und sogar 10 000 M. zu Zahlung angeboten würden. Durch das Wechseln und das Klärfragen bei Reisenden nach Kleingeld entstehen nicht zu umgebende Störungen, für welche die Bahnverwaltung nicht verantwortlich zu machen sei. Weitere Verzögerungen für die Reisenden entstehen dadurch, daß das Publikum nicht sofort an den richtigen Schaltern Auffstellung nehme. — Im übrigen bietet das Reisebüro des Verkehrsvereins allen reisenden Personen Gelegenheit, ihre Fahrkarten und Fahrscheine (W.M.-Mundscheine) nach jeder Richtung und nach dem Auslande dort, Kaiserstr. 158, gegenüber der Hauptpost, schon 4 Tage vor der Reise in Ruhe zu lösen.

Winterhilfe Karlsruhe. Die ersten Spenden. Erfreulicher Weise haben schon die nachgenannten Personen und Firmen Spenden für die Winterhilfe gezeichnet, jedoch gute Aussicht auf das Gelingen des großen Werkes besteht. Einmalige Beiträge: Bankhaus Strauß u. Co. 1 000 000 M., Firma Sinner 1 000 000 M., Firma Juchs u. Söhne 100 000 M., Firma J. C. Linger 100 000 M., Firma Fannhuth u. Co. 100 000 M., Firma Brodacher u. Co. 100 000 M., Badische Bank 100 000 M., Konjul Regenburger 100 000 M., Firma Raab Karlsruher u. Cie. 100 000 M. und 50 Tonnen Kohlen = 500 000 M., Oberbürgermeister Dr. Winter 10 000 M., Firma Junler u. Rüh 200 000 M. (vorbehaltlich gleicher Beteiligung der Arbeiter.). — Monatliche Beiträge: für die Dauer von 6 Monaten haben zugelangt: Maschinenbau-Gesellschaft 100 000 M., Firma Haib u. Neu 100 000 M., Firma Wolff u. Sohn 50 000 M., Firma Klach u. Co. und Firma Louis S. Stern u. Co. 50 000 M., Firma Behm. Knopf 25 000 M., Röhrlsche Hofbrauerei 10 000 M., Firma Schärer u. Co. 10 000 M., Firma Menginger-Hendel 5000 M., Brauereidirektor Paul Moninger 5000 M. — Eine größere Reihe obiger Firmen hat sich die Erhöhung ihrer Zeichnungen vorbehalten. Gesamtbeitrag bis jetzt 5 940 000 M.

Was ausländische Zeitungen kosten. Die geringe der Preis der deutschen Zeitungen im Verhältnis zu dem der ausländischen Zeitungen ist, liegt man an den Preisen der amtlichen Zeitungspreisliste der Reichspost. Für das vierte Vierteljahr 1922 kosten die „Deutsche Nachrichten“ 3918 M., der „Berliner Rund“ 3408 M. und die „Neue Züricher Zeitung“ 3384 M. Erheblich teurer noch sind die holländischen Zeitungen; so kostet das „Algemeen Handelsblad“, Amsterd., 5547 M. Von den Zeitungen in der Tschechoslowakei kosten das „Prager Tagblatt“ 2598 M. und die deutsche Zeitung „Bohemia“ 2118 M. Ansehnliche Beträge erfordert auch ein Vierteljahresabonnement auf englische Zeitungen. Der „Daily Herald“ kostet vierteljährlich 2929 M., der „Manchester Guardian“ 9099 M. Noch erheblich teurer sind Nachrichten, insbesondere Handelszeitungen. Das holländische „Nieuw Amsterdamsche Effectenblad“ kostet im Vierteljahr nicht weniger als 29 874 M. Das „Neue Wiener Journal“ kostet 32 500 Kronen im Monat. Ausländische illustrierte Zeitungen im Range der Reichspost „Illustrierten Zeitung“ kosten 7500 bis 8000 M. im Vierteljahr.

Städtische Winterkonzerte in der Festhalle. Nach kurzer Pause in der Durchführung der städtischen Konzerte beginnt nunmehr am Sonntag, dem 12. November d. J., die Winterkonzertzeit in der Festhalle. Das erste Konzert findet nachmittags von 4 1/2 bis 6 1/2 Uhr unter dem Motto „Aus fränkischen Tälern“ statt. Hierfür sind bewährte und beliebte Künstler gewonnen worden, die ein gutes Gelingen dieses Konzertes verbürgen. Soloplayer Paul Müller vom Badischen Landesballet, ein Liebhaber der Festhallenmusik, wird mitwirken, weiterhin Frau Olga Mertens-Leger, die Solotänzerin am Badischen Landesballet, die keine glückliche Schülerin der Frau Mertens, der Heddy Porcia und Herr Willi Eder. Den musikalischen Rahmen zu diesem Künstlerquartett schafft die Darmstadtcapelle. Diesem ersten Festhallenkonzert folgt am Sonntag, dem 19. d. Mts., nachmittags von 4 bis 6 1/2 Uhr, ein „Festlicher Nachmittags“. Sonntag, den 8. Dezember ds. J., ist ein „Operetten-Nachmittags“ vorgesehen. Die gegenüber dem letzten Jahre veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse zwingen allerdings die Stadterwaltung in diesem Winter andere, wesentlich erhöhte Eintrittspreise für diese Konzerte zu fordern, wenn sie überhaupt lebensfähig sein sollen. Bei dem Verlassen der Stadt aber, den Festhallenbesuchern künstlerische Veranstaltungen zu bieten, wird man diesem Umstände Verhältnismäßig entgegenkommen. Von dem Besuche der ersten Konzerte wird es abhängen, ob sie überhaupt beibehalten und mit Erfolg durchgeführt werden können.

Martini im Volksglauben. Der Martini, der 11. November, gilt im Volksglauben als ein bedeutungsvoller Tag, und zwar ebenso in meteorologischer wie in landwirtschaftlicher Hinsicht. Nach dem Verhalten dieses Tages richtet sich der kommende Winter. An Martini-Sonnenchein, tritt ein kalter Winter ein. Wenn am Martini Nebel sind, wird der Winter gelind. Wolken am Martini, der Winter unbeständig werden mag. Vor allem gilt der 11. November als der Scherbringer: St. Martini reitet gern auf weißem Pferd, sagt der Volksmund. Sehr guttunend heißt es weiter: An St. Martini kauft es aus dem Kamin, d. h. nun ist es schon so kalt, daß man die Zimmer heizen muß. Daher wird auch dem Landwirt der Rat gegeben: Am Martini bring die Kuh in den Stall, was aber in diesem nächsten und kalten Herbst bereits schon früher geschehen sein dürfte. Jetzt ist auch die Zeit gekommen, die Gänge feil zu machen und die erste Heurige getrunken werden kann: Bei fetter Gans

und Saft der Neben, laßt uns den Heiligen Martini leben. Eine recht freundliche Aufforderung, der aber in den heutigen Zeiten sicherlich nur wenige Glückliche nachkommen können.

Baluta-Bericht vom 10. November
Die Marktnotierte heute in der Schweiz girte 0,07 Cts. Auszahlung Holland notierte etwa 3000 M. per holl. Gulden. Schweiz notierte etwa 1400 M. per schw. Fr. England notierte etwa 34 250 M. per holl. Stierl. Frankreich notierte etwa 497 1/2 per frz. Fr. Neuyork notierte etwa 7675 M. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 11. November
Vorwiegend trübige Witterung; heute meist trüb und erneut Regenfälle, vorübergehend windig. Am Sonntag wolfig, doch zeitweise aufhellend, keine wesentliche Temperaturänderung.

Wasserverstand des Rheins
Magau 572, gest. 3; Mannheim 529, gest. 9 Zentimeter.

Scheidemann
Reichstagsabgeordneter und Oberbürgermeister in Cassel, spricht am Freitag, den 17. Novbr., abends 8 Uhr, im grossen Festhallsaal in Karlsruhe.

Jugend und Sport
Fußball. Das Spiel am Sonntag, den 12. Nov., Aue — Grünwinkel findet nicht, wie beabsichtigt, in Stein statt, sondern wird in Karlsruhe auf dem Platz der Freien Turnerschaft ausgetragen. Das Spiel am Sonntag Wöllingen — Dieboldheim fällt aus. Termin für dieses Spiel wird noch bekannt gegeben. Ju der am Sonntag, den 12. Nov., vormittags 10 Uhr in Karlsruhe, Wirtschaft z. „Reisinger“, stattfindenden Kreisversammlung haben nachstehende Vereine je einen Vertreter auf eigene Kosten zu entsenden: A.S. Sportverein Durlach, F.C. Grünwinkel, A.S. Langenleinsbach, Freie Turnerschaft Ettlingen.
Am Sonntag, den 19. Nov., herrscht für den ganzen Bezirk Spielverbot.

Kleine badische Chronik
Dudenheim, 10. Nov. Der Fuhrmann, der vor einigen Tagen die Müllschiffe mit den Fischen auf offener Straße hiesig und mit 10 000 M. Rechnungsgeldern durchbrannte, konnte in Bamberg festgenommen werden.
Mannheim, 10. Nov. Der 47 Jahre alte verheiratete Arbeiter Josef H. a. c. wurde von einer Lokomotive überfahren und sofort getötet. — Ein 72 Jahre alter Kaufmann sprang heute früh aus dem Fenster seiner im 5. Stock gelegenen Wohnung auf die Straße und war sofort tot.
Seelheim, 10. Nov. Im hiesigen Hauptbahnhof kam es gestern abend zu schweren Ausschreitungen. Vier Arbeiter aus Neckenheim überschritten unbedachtweise die Bahnübergänge. Als ein Polizeibeamter gegen sie einschritt, wurde er überfallen und erhielt einen Bauchstich. Schmer verlegt wurde er ins Krankenhaus verbracht. Die vier Arbeiter wurden verhaftet. — Festgenommen wurden drei jugendliche Personen wegen Diebstahls von Lebensmitteln im Werte von 20 000 M.
Mannheim, 10. Nov. In der Nacht zum Dienstag wurden aus dem Wagen eines Mannheimer Zudehändlers Zudewaren im Werte von 80 000 M. gestohlen. Die Gendarmerei stellte fest, daß der Diebstahl von drei jugendlichen Furchen von hier verübt worden war. Einer der Furchen konnte festgenommen werden, das zweite entflo. Der jüngste der Täter ist 15 Jahre alt.
Konstanz, 10. Nov. Gegen den Schmuggel. Es ist in der letzten Zeit wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden, daß der Schmuggel lebensnotwendiger Waren angeht für die Schweiz zu günstigen Verhältnissen in verpacktem Maße neu auftritt. Um nun den Kampf gegen die unerlaubte Ausfuhr in verpackter Weise aufnehmen zu können, haben sich die Staatsanwaltschaften von Lörrach, Waldshut und Konstanz zu einem einheitlichen, planmäßigen Vorgehen entschlossen. Die Verhaftungen sollen ganz bedeutend verstärkt und zu diesem Zweck höhere Geldstrafen beantragt und in besonders schweren Fällen mit Festnahme und Gefängnisstrafen vorgegangen werden, falls nicht die Hinterlegung des fünfjährigen Bogenfandes zur Deckung geleistet werden kann. Wird der tatsächliche Wert des Gegenstandes mit einer falschen Summe angegeben, so soll die Strafe bis zum 10fachen Betrag des eigentlichen Wertes erhöht werden. Im übrigen wird die Ware in allen Fällen für verfallen erklärt.
A. Aus dem Oberland, 10. Nov. Neuzeitliche Pachtpreise. Das Vertrauen, die Pachtpreise der jenseitigen Gebirgsbahn anzuheben, wird durch eine geliche Entscheidung Naturkatastrophen zu fordern, wird durch einzelne neue Fälle bereichert. Ein Fabrikant in Waldkirch stellt an einen Pächter in der Gemeinde Wasser (Bez. Emmendingen) für eine 45 Ar große Wiese die Forderung von einem jährlichen Pachtpreis von vier Doppelgäntner Weizen oder 86 Pfund Butter. — Eine Verwaltung verlangt für ein Grundstück in Wersgau bei Freiburg, das bisher 850 M. Pacht eintrug, jetzt 18 000 M. und sechs Zentner Obst. — Ein Kirchenfond in Freiburg berechnete für eine Wiese deren Pachtpreis nach im vorigen Jahre 23 M. war, nunmehr 26 000 M. Pacht. Das ansehnliche Pachtpreisangebot entschied in diesem Falle zugunsten des Verpächters. — In einem anderen Falle legte das Pachtpreisamt den verlangten Pachtpreis von 34 000 M. auf 25 000 M. herab, dabei wurde ein Pachtpreis von 1000 M. pro Zentner und der Jahresertrag der Wiese in Berechnung gezogen. — Die angeführten Pachtpreise beziehen sich auf das laufende Jahr 1922. Was mag

da erst für das nächste Jahr an Pacht in Anrechnung gebracht werden?

Pachtpreise im besetzten Gebiet. Bei Reisen in das besetzte Gebiet muß man sich vergegenwärtigen, daß man seinen Pacht bei sich hat. Nach einer Mitteilung der Interalliierten Rheinlandkommission an den Reichskommissar finden zwar neuerdings wegen Pachtpreisen keine Festnahmen mehr statt, jedoch die in Frage kommenden Personen nachweisen können, daß sie im besetzten Gebiet ihren ständigen Wohnsitz haben. Mit einer Geldstrafe werden sie für ihre Nachlässigkeit immer rechnen müssen. Bei Pachtpreisen bei mittellosen Personen aus dem unbesetzten Deutschland, dem Ausland oder durch Personen ohne festen Wohnsitz ist die Festnahme nach wie vor zu gewärtigen.

Kleine Nachrichten

Wiesbaden. Auf der Straße Weideseim—Wiesbaden—Muppertsberg verlor ein Einwohner aus Weideseim das dazugehörige vereinnahmte Maßgeld im Betrage von 437 000 M., worunter sich 85 Stück 10 000 Markscheine befinden.

Berlin. Gestern kam es laut Blättermeldung in dem Kölnener Industrieort Kall zur Plünderung von Lebensmittelgeschäften. Es wurden Fenster zerbrochen und Waren zertrümmert und die ausgestellten Waren geraubt. Eine nach Tausenden zählende Menschenmenge, welche die großen Verkehrsstraßen durchzog, wurde schließlich durch ein hartes Aufgebot berittener Polizei gestreut.

Lechte Nachrichten

Der Engländer Bradbury über die Situation

Der englische Delegierte der Reparationskommission, Sir Bradbury, äußerte sich zu einem Mitarbeiter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ über seine Eindrücke in Berlin etwa folgendermaßen:

Wir alle haben von dem Gräu der Lage einen sehr starken Eindruck empfangen, und wir sind der Meinung, daß, wenn die Katastrophe vermieden werden soll, unmittelbare Schritte nötig sind, um die Welt zu stabilisieren und binnen einer angemessenen Frist den Ausbleich des Staatshaushalts herzustellen sowie ein weiteres Anwachsen der schwebenden Schulden zu verhüten. Was die zu ergreifenden Maßnahmen betrifft, so muß ich zugeben, daß hinsichtlich der Frage eines genau gefaßten Planes für die Stabilisierung der Welt das Ergebnis unseres Besuchs einigermaßen enttäuschend war. Es scheint mir notwendig, daß die Initiative von der Regierung ergriffen werden muß. Schließlich ist es doch die deutsche Regierung, die den Plan in Bewegung setzen muß, und weder die Reparationskommission noch eine Bankierskonferenz, noch eine internationale Finanzkonferenz kann als hilfreiche Her austreten.

Ich verstehe die Schwierigkeiten der deutschen Regierung in Bezug auf einen endgültigen Plan nicht, und ich verstehe auch, wie schwierig es ist, von der Reparationskommission beim den alliierten Regierungen diejenigen Zustände zu fordern, die unbedingt notwendig sind, wenn ein solcher Plan ausführbar sein soll. Wenn nicht ein Plan formuliert ist und die unerlässlichen Vorbereitungen freiwillig gefordert werden, sehe ich nicht, wie es möglich sein soll, einen Fortschritt zu machen. Die deutsche Regierung muß sich darüber klar werden, welche Zugeständnisse zur Durchführung eines Planes unerlässlich sind, und sodann müssen wir als Vertreter der Alliierten Deutschlands daran Kritik üben. Es ist zu hoffen, daß es dann möglich sein wird, sich auf einer befriedigenden Basis zu einigen. Es ist nicht unsere Sache, Zugeständnisse anzubieten. Wir sind die Vertreter der Alliierten Deutschlands und müssen die besten Bedingungen herauszufinden. Dabei müssen wir selbstverständlich bestrebt sein, die Substanz des Schuldvertrages zu bewahren. Wir werden die Vorschläge Deutschlands sehr genau unterziehen, wenn wir nach Paris zurückgekehrt sind, und werden alle weiteren Vorschläge, die Deutschland uns noch machen wird, sehr genau in Betracht ziehen. Wir wollen zu weiteren Vorschlägen die Tür offen lassen.

Bedrohung unserer Volksgeundheit durch die wachsende Kohlennot

In der Sitzung, die am 7. November zwischen den Mitgliedern der Reparationskommission und Vertretern der deutschen Regierung stattfand und in der die Erörterung der deutschen Kohlenlieferungen an die Entente zur Erörterung stand, gab auch der Geh. Ober-Med.-Rat Dr. Krohne vom preussischen Wohlfahrtsministerium Erklärungen ab über die ernste Bedrohung der deutschen Volksgeundheit durch die wachsende Kohlennot. In Hand der Statistik wies, wie die P.P.M. hören, Geh. Rat Krohne nach, daß die Sterblichkeit, die sich nach dem Kriege infolge besserer Ernährung unseres Volkes allmählich wieder vermindert hatte, neuerdings wieder ansteige und daß die vermehrte Sterblichkeit in der Hauptfrage auf eine bedeutende Vermehrung der Erkrankungen und Todesfälle an Erkältungen zurückzuführen sei. Er betonte deshalb, daß es eigentlich erforderlich sei, unserem Volke, namentlich den unbedeutenden Volksschichten im kommenden Winter mehr Kohlen zu liefern als bisher möglich war, um ein weiteres Ansteigen der Erkältungskrankheiten zu verhüten. Dies sei umso mehr erforderlich, als gerade infolge der zunehmenden, enormen Teuerung unserer Lebensmittel weite Schichten unseres Volkes beispielsweise nicht mehr in der Lage wären, sich den täglichen, notwendigen Bedarf an Fett zuzuführen. Gerade ein mangelhafter Fett ernährter Mensch habe aber ein erhöhtes Wärmeebedürfnis und sei deshalb Gefährungen in besonderer Maße ausgesetzt.

Unter diesen Umständen würde eine Verbesserung von Kohlen an die Entente unabsehbare gesundheitliche Gefahren mit sich bringen. Wenn die Entente von uns künftig 5 Millionen Zentner Kohle monatlich mehr verlange und erhalte, so müßte das die Wirkung haben, daß bei einer Annahme des Heizbedarfs einer Familie von nur 3 Zentner Kohle monatlich etwa 1 700 000 deutsche Familien keine oder keine genügende Kohle erhalten

Gesetzlich darf in MAGGI Originalflaschen nichts anderes als MAGGI Würze feilgehalten werden. Beim Nachfüllen achte man deshalb darauf, dass die Würze aus der grossen mit dem Namen MAGGI versehenen Original-Flasche gefüllt wird. Auch verlange man ausdrücklich MAGGI Würze und weise Nachahmungen zurück. [1926]



Die Einkommensteuer für 1923 u. 1922

Der Reichsrat nahm gegen die Stimme Thüringens eine Novelle zum Einkommensteuergesetz an, die für das Jahr 1923 die Grenze des steuerbaren Einkommens, bis zu der nur 10 Prozent erhoben werden, auf 400 000 M. erhöht. Es sind zu zahlen: Von den weiteren 200 000 M. Jahreseinkommen 15 Prozent, von den weiteren 200 000 M. 20 Prozent, von den weiteren 600 000 M. 30 Prozent, von den weiteren 800 000 M. 35 Prozent, von den weiteren 400 000 M. 40 Prozent, von den weiteren 400 000 M. 45 Prozent, von den weiteren 400 000 M. 50 Prozent, von den weiteren 400 000 M. 55 Prozent, von den weiteren 400 000 M. 60 Prozent. Die allgemeine Einkommensteuer ermäßigt sich um je 2400 M. für den Steuerpflichtigen und dessen Ehefrau, wenn das steuerbare Einkommen nicht mehr als 400 000 M. beträgt und um je 4800 M. für minderjährige Kinder. Außerdem sind besondere Ermäßigungen für Steuerpflichtige über 60 Jahre vorgesehen, deren Einkommen 200 000 M. nicht übersteigt. Bei der Lohnsteuer betragen die Abzüge für den Steuerpflichtigen und dessen Ehefrau bei monatlicher Lohnzahlung je 200 M., bei wöchentlicher je 48 M. und bei täglicher je 400 M. monatlich, 98 M. wöchentlich oder täglich 16 M. An Werbungskosten dürfen für 1923 abgezogen werden bei monatlicher Lohnzahlung 450 M., bei wöchentlicher Bezahlung 108 M. und bei täglicher 15 M.

Für 1922 ist in der Rentenversicherungssache lediglich der allgemeine Steuerertrag etwas ermäßigt worden. Der Betrag, bis zu dem die Steuer nur 10 Prozent beträgt, ist von 100 000 M. auf 250 000 M. erhöht worden. Die Einkommensteuer beträgt von den weiteren 125 000 M. 15 Prozent, bei weiteren 125 000 M. 20 Prozent, bei nochmaligen 125 000 M. 25 Prozent, bei 375 000 M. 30 Prozent, bei weiteren 500 000 M. 35 Prozent, bei weiteren 500 000 M. 40 Prozent und bei nochmaligen 500 000 M. 45 Prozent, bei weiteren 250 000 M. 50 Prozent, bei nochmaligen 250 000 M. 55 Prozent und bei weiteren Beträgen 60 Prozent.

Die Abzüge von der allgemeinen Einkommensteuer für 1922 sollen betragen je 340 M. monatlich für den Ehegatten und die Ehefrau und 610 M. für jedes Kind. Mit der Erhöhung dieser Abzüge soll ein Ausgleich dafür geschaffen werden, daß für das Kalenderjahr 1922 aus steuerrechtlichen Gründen eine Veränderung der Abzüge bei der Lohnsteuer nicht mehr möglich ist. Auch bei der Lohnsteuer beginnt für 1922 die Besteuerung mit 10 Prozent erst bei Einkommen von 250 000 M.

Der Reichspräsident im Berliner Rathaus

WTB. Berlin, 10. Nov. Der Reichspräsident wohnte heute im Berliner Rathaus einer Sonder Sitzung des Magistrats bei. Oberbürgermeister Wöhl begrüßte den Reichspräsidenten mit einer Ansprache, an die er einen Vortrag über die gesamte Lage der Stadt Berlin schloß. Reichspräsident Ebert erwiderte mit längeren Ausführungen, in denen er u. a. zum Schluß sagte: Seien Sie überzeugt, daß auch das Reich den mirksamsten Mitten der Großstädte Verständnis und volle Aufmerksamkeit entgegenbringt, daß es in den Grenzen die eigene Rolle im Leben, zur Hilfe bereit ist. Wenn es dem Reich gelingt, sich wieder aufzurichten, werden auch die Städte wieder aufstehen und dem nachdringenden Sorgen Herr werden. Dann wird auch die Bevölkerung von über 4 Millionen Menschen eine innere und äußere Befriedung und eine gedeihliche Weiterentwicklung beschieden sein.

Gausjudung bei unserer Münchener Parteiblatt

WTB. München, 10. Nov. Die die Münchener Neuesten Nachrichten" melden, wurde in den Räumen der „Münchener Post" eine polizeiliche Gausjudung vorgenommen. Es soll sich um ein Verbrechen wegen Landesverrats handeln. Die „Münchener Post" hatte vor einigen Tagen Mitteilungen über einen Waffensund gebracht.

Wer in Bayern also auf die besetzten Waffenslager der Reaktion hinweist, wird wegen Landesverrats, angegangen. Und wer täglich sich so gegen das deutsche Reich und das deutsche Volk verhält, wie es die Wachposten in München tun, ist ein „Patriot". Die Zustände in Obergesch-Bayern werden immer toller.

Eine Fälscheraffäre vor dem französischen Kriegsgericht

WTB. Mainz, 10. Nov. Eine groß angelegte Fälscheraffäre, der die Direktion des preussischen Staatsgefängnisses in Wittlich an der Mosel zum Opfer gefallen ist, wurde vor dem französischen Kriegsgericht der französischen Wehrmacht in der genannten Strafanstalt werden alle vom französischen Kriegsgericht zu längerer Freiheitsstrafe verurteilten Verbrecher (Diebe, Einbrecher usw.) deutscher Staatsangehörigkeit untergebracht. Einer der letzteren, der im Büro des Gefängnisses als Schreiber beschäftigt war, entwendete einen mit dem Stempel des Generalkommandos versehenen Befehl zur Entlassung eines begnadigten Strafgefangenen und übergab ihn seiner ihm befreundeten Geliebten. Diese grübelte darauf in Frankfurt a. M. mit einer Reihe anderer Personen ein Fälscherbüro, das auf gemalten Originalscheinen und formulierten Unterschriften und Stempel fälschte und diese von Mainz aus mit gestempelten Briefumschlägen an das Gefängnis sandte, wodurch in den Jahren 1920 und 1921 eine erhebliche Zahl von Strafgefangenen aus dem Wittlicher Gefängnis entlassen wurde. Einige der so freigelassenen konnten im besetzten Gebiet wieder festgenommen werden, während sich die anderen in das unbesetzte Gebiet zu flüchten vermochten. Durch das Kriegsgericht wurden gestern 8 Angeklagte in continuation verhandelt. Das Urteil lautete auf je 20 Jahre Zwangsarbeit und 3000 M. Geldstrafe.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Zobesfälle: August Ringwald, Tagelöhner, Gemann, alt 57 Jahre. Abraham Eichterheimer, Gendarm, Gemann, alt 81 Jahre. Johann Haug, Privatmann, Wimer, alt 78 Jahre.

Parteienoffen und Leser des „Volksfreund"

Berücksichtigt bei neuen Einkäufen die Geschäftliche Rundschau! Kaufen Sie bei den Geschäftsleuten, die eure Presse mit Anzeigen unterstützen!

Ständesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Zobesfälle: August Ringwald, Tagelöhner, Gemann, alt 57 Jahre. Abraham Eichterheimer, Gendarm, Gemann, alt 81 Jahre. Johann Haug, Privatmann, Wimer, alt 78 Jahre.

Parteienoffen und Leser des „Volksfreund"

Berücksichtigt bei neuen Einkäufen die Geschäftliche Rundschau! Kaufen Sie bei den Geschäftsleuten, die eure Presse mit Anzeigen unterstützen!

Ständesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Zobesfälle: August Ringwald, Tagelöhner, Gemann, alt 57 Jahre. Abraham Eichterheimer, Gendarm, Gemann, alt 81 Jahre. Johann Haug, Privatmann, Wimer, alt 78 Jahre.

Parteienoffen und Leser des „Volksfreund"

Berücksichtigt bei neuen Einkäufen die Geschäftliche Rundschau! Kaufen Sie bei den Geschäftsleuten, die eure Presse mit Anzeigen unterstützen!



Wie gesagt:
Viel leichter lernen wir, seit uns Mutti nicht mehr reinen Bohnenkaffee, sondern „Quieta" gibt. Heute schreibe ich an die Schultafel, damit es jeder sieht:
Trinke Quieta!

Sportplatz Freie Turner Karlsr. E. V.
Sonntag, den 12. November 1922
nachmittags 1/3 Uhr
Wiederholungs-Spiel
F. T. Aue I. 
F. C. Grünwinkel I.

Sonntag, 12. Nov., ab 4 Uhr, im Saale des „Gold. Hirsches"  **Wahlung**
Sanz-Unterhaltung
wogu höf. einladet Der Vorstand.

Chausseepflanzung in Wimpfen
bei vielen Stadtern wurden wie Herr Dr. med. W. A. B. berichtet in ganz kurzer Zeit durch Obermeier's Original-  **Farber Pflanz**
best. Leistung, für welche in der Heimat der zu empfangen. In haben in allen Wochen Reisen und Verreisen.

Genewerkshö per u. Scherzartikel
für alle Gelegenheiten, auch Zusammenstellungen ganzer Genewerke empfiehlt **„Baku" G. m. b. H., Kaiserstr. 14 a** Telefon 515a. 5100

Go. d. und Silber-Schmelze 5478
Hirschstrasse 10, Ecke Kaiserstrasse Tel. 2391
zahlt für Gegenstände aus Platin, Gold und Silber die höchsten Kurspreise. Händler erhalten Vorzugspreise.

Jakob Burkhartl Rastatter
im Schloß zu Ruppurr
kauft fortw. Altsilber, Papier, Metalle, Lumpen, Glasfen, Kleinverstecke zu den höchsten Tagespreisen.

Durlacher Anzeigen.
Gaspreis.
Durch Stadtratsbeschluss vom 9. November 1922 ist der Gaspreis infolge weiterer sehr erheblicher Kohlenpreiserhöhung mit Wirkung vom Rechnungsabschnitt November 1922 bis auf weiteres auf:
45 Mark je cbm
Durlach, den 10. November 1922. 3102
Der Oberbürgermeister.

Gastols.
Durch Stadtratsbeschluss vom 9. November 1922 sind die Gastolspreise mit Wirkung vom 11. Oktober 1922 ab bis auf weiteres wie folgt festgesetzt:
Großkoks ... M. 1050.— je Ztr. ab Gastwert
Kleinkoks ... " 1100.— " " " "
Verkok ... " 1000.— " " " "
Schlackenkoks ... " 525.— " " " "
Für die Zukunft werden die jeweils von der Dreifachwerke festgesetzten Sätze berechnet.
Durlach, den 10. November 1922. 3103
Der Oberbürgermeister.

Rastatter Anzeigen.
Zahlungs-Aufforderung.
Die Schuldner rückständiger Mietzins, Mieten, Wasser- und Gartenpachtzins, Holz-, Bau- und Waldgräber sowie Schulden, Ländgen, Wohnungszugaben und Begräbnislosten werden mit Frist von 8 Tagen an Zahlung erinnert, andernfalls gerichtliche Verfolgung erfolgt.
Rastatt, den 10. November 1922. 3105
Stadtkasse.

Sttlinger Anzeigen.
Der Milchverkaufspreis beträgt ab 10. November ds. J. 53 M. für den Liter. In der Däumlingmilch ist der Verkaufspreis auf 52,50 M. für den Liter festgelegt.
Sttlingen, den 8. November 1922.
Der Bürgermeister

Baden-Baden. Karten-Ausgabe.
Die Ausgabe der Vollmischkarten für Besuchsbesuche, die ihre Gültigkeit bis 15. November ds. J. am Sonntag, den 8. bis 12. Uhr, nach vorhergehender Antrage auf dem Polizeiamt geschehen.
Waldamt.

Brot und Mehl
in der Woche vom 13. November bis 19. November ds. J. auf die Marken 26, 27 und 28 je 750 Gramm Brot oder je 500 Gramm Mehl.
Lebensmittelamt.

Holzpreise Betr.
Die am 15. Oktober veröffentlichten Holzpreise für die zweite Rate erhöhen sich infolge der inzwischen gelieferten Aufbereitungsstellen und Futtermittel wie folgt:
a) vom Holz um 20%
b) vom Holz um 70%
Brennstoffstelle.

Städtische Schauspiele Baden-Baden.
Auchandbühne, Sonntag, 12. November, 8 Uhr: Die spanische Flöte. Montag, 13., 7 Uhr, außer die Besetzung: Die spanische Flöte. Dienstag, 14., 8 Uhr, außer die Besetzung: Die spanische Flöte. Mittwoch, 15., 8 Uhr, außer die Besetzung: Die spanische Flöte. Donnerstag, 16., 8 Uhr, außer die Besetzung: Die spanische Flöte. Freitag, 17., 8 Uhr, außer die Besetzung: Die spanische Flöte. Samstag, 18., 7 1/2 Uhr, außer die Besetzung: Die spanische Flöte. Sonntag, 19., 7 1/2 Uhr, außer die Besetzung: Die spanische Flöte.

Bruchsaler Anzeigen.
Karten-Ausgabe
Montag, 13. November 1922, an die Buchstaben A bis einschließlich C; Dienstag, 14. November 1922, an die Buchstaben D bis einschließlich G; Mittwoch, 15. November 1922, an die Buchstaben H bis einschließlich K; Donnerstag, 16. November 1922, an die Buchstaben L bis einschließlich N; Freitag, 17. November 1922, an die Buchstaben O bis einschließlich Q; Samstag, 18. November 1922, an die Buchstaben R bis einschließlich Z. Montag, 20. November 1922, an die Buchstaben A bis einschließlich C.
Kommunalverband Bruchsal-Stadt.
Kartenausgabe stelle

Volks-Buchhandlung
der Sozialdem. Partei befindet sich
Karlsruhe, Adlerstrasse 10.
Telephon 3701.

Julius Fricke
Bayer: Kriegstrafe 56 und Gottesdanker Kafenc
kauft ständig jedes Quantum
Altmetalle, Altisen, sowie sämtl. Rohprodukte
zum jeweiligen Tagespreis. 5166
versichert Euch bei der gewöhnlich - genossenschaftlichen
Volksfürsorge!
Büro: KARLSRUHE, Wilhelmstraße 47.

Baubund-Möbel
in bewährter Güte u. reicher Auswahl zu angemessenen Preisen gegen Barzahlung oder auf Teilzahlung.
Eigene Verkaufsstellen:
Karlsruhe, Karlsriedrichstr. 22.
Freiburg, Kaiserstrasse 27.
Bruchsal, Gewerbehalle, Markt.
Pforzheim, Theaterstr. 15.
Offenburg, Steinstr. 2.
Mörsbach, Hauptstr. 12.
Mannheim, Schloss rechter Flügel, Reitbahn.
4056
Badischer Baubund G. m. b. H.
Gemeinnütziger Möbelvertrieb
Telephon 6157 Karlsruhe an Gasfesselplatz

Gesamv. „Freundschaft" K'r'be
Mittwoch, den 15. November 1922
in den Sälen **Konzert** Stiftungsgesellschaft
Mitwirkende:
Hr. Siegel Lange, E. van (Hörn), Hr. Martha Gehrner, Klavier (Karlsruhe), Hr. Gledner der 2. ledigen Streichorchester (Karlsruhe). Musikalische Leitung: Herr Musikdirektor Max Thiede. — Nach Schluß des Konzertes **Ball**
Beginn pünktlich 8 Uhr. 5514

Firmen, welche auf Offern Lehrlinge oder Lehrlinginnen
einustellen beabsichtigen werden gebeten, uns die Aufträge auf Zuweisung von jungen zur Schulentlassung kommenden Leuten jetzt schon zu erteilen.
Um dem Lehrlingsmangel zu begegnen, werden wir in den nächsten Wochen mit den jungen Leuten in Verbindung treten und auch mit der Veranstaltung von Elternabenden beginnen. Je früher wir über den Bedarf an Lehrlingen unterrichtet werden, um so größer sind die Aussichten, einen wirklich brauchbaren Lehrling oder geeignete Lehrlinginnen durch uns zugewiesen zu erhalten. Wir arbeiten gemeinsam mit Schule und Arzt und vermitteln kostenlos für alle Berufszweige. 3001
Städt. Arbeitsamt Karlsruhe
Fernsprecher 5270-74.

„Pelzwaren"
aus eigener Werkstätte kaufen Sie am billigsten bei
Jacob Neumann, Kürschner
Erbprinzenstr. 3
Telephon 5019. 5469

Offenbacher Lederwaren
 Damentaschen
 Brieftaschen
 Geldscheintaschen
 Reisekoffer, Reisetaschen
 beste Fabrikate
Kofferhaus Kronenstr. 51

Mit Zustimmung des Stadterordnetenverbandes treten in den Beförderungsbedingungen der städt. Straßenbahn mit dem 12. November 1922 folgende Änderungen ein:
 Fahrpreise: bis 5 Tzfr. 20 M., über 5 Tzfr. 30 M., f. Kinder v. 6-14 Jhr. 10 M., Fahrscheine: bis 2 Tzfr. (12 Scheine) 100 M., bis 5 Tzfr. (12 Scheine) 210 M., über 5 Tzfr. (8 Scheine) 210 M., Monatskarten: bis 3 Tzfr. 980 M., bis 6 Tzfr. 1200 M., bis 9 Tzfr. 1620 M., ganzes Netz 2220 M., Schülerwochenkarten: f. 2 Fahrten inkl. bis 5 Tzfr. 48 M., über 5 Tzfr. 60 M.; f. 4 Fahrten inkl. bis 5 Tzfr. 60 M., über 5 Tzfr. 80 M.

Die Preise für Lehrlingswochenkarten werden entsprechend denen der Schülerwochenkarten mit den entsprechenden Zuschlägen erhöht. Die Entkommensgrenze, bis zu der Lehrlingswochenkarten verausgabt werden, wird auf 4000 M. monatlich erhöht. Der Preis der Monatskarten für Kriegsbefähigte erhöht sich auf 470 M. (hierzu trägt die Hälfte die Stadt). Die Erneuerung der Monatskarten für die zweite Novemberhälfte kann vom 11. ds. Mts. ab bei den bekannten Ausgabestellen erfolgen. Die unter Geltung des Tarifs d. 1. Okt. 22 ausgegebenen Fahrscheine können legistisch am 15. Dez. 22 benutzt werden und verlieren dann ihre Gültigkeit.
 Der § 5 Abs. 4 der Beförderungsbedingungen enthält folgende Fassung: „Fahrpreise, die ohne mäßigen Fahrausweis im Wagen betroffen werden, oder solche, die den Wagen vor Entziehung des Fahrgeldes zu verlassen versuchen, oder sich auf einen Hinweis des Schaffners betr. Fahrausweis nicht gemeldet haben, sind — unabhängig der Strafverfolgung wegen Hinterziehung des Fahrgeldes — zur Entziehung des mäßigen Fahrausweises und zur Zahlung eines der Fahrt entsprechenden Fahrscheines verpflichtet.“

Im Tarif der Karlsruher Lokalbahnen tritt ebenfalls am 12. November 22 eine Erhöhung ein. Nähere Auskunft erteilen die Stationen. Mit Wirkung d. Montag, den 13. ds. Mts. ab werden die einzelnen Linien im 7/4 Minutenverkehr wie folgt: Die Linie 1 verkehrt wie früher von Durlach bis Rheinstetten und zurück. Die Linie 2 wird als blaue Linie vom Friedhof über Marzplatz, Eitlingersstr., Hauptbahnhof, Karlsrufer, Mühlburger Tor zur Stöberstr. und zurück gefahren. Die Linie 3 (Blau) ändert sich nicht. Die Linie 4 kommt in Wegfall. Die Linie 5 verkehrt v. Hauptbahnhof über Hauptbahnhof, Marzplatz, Hauptstr., Mühlb. Tor zum S. Kreuz und von hier über die Marzpl. u. Karlsrufer zum Hauptbahnhof zurück und umgekehrt.
 Die ersten und letzten Fahrgelegenheiten auf den einzelnen Linien sind aus den an den Endstationen umgesetzten angebrachten Fahrplänen ersichtlich.
 Karlsruhe, den 10. November 1922.
 Städtisches Bahnamt.

Preise für markenfreie Backwaren
 ab 11. November 1922.
 80 Gramm Backmehl 30 M.
 250 Gramm Weißbrot 90 M.
 400 Gramm Halbweißbrot 90 M.
 500 Gramm Kornbrot 108 M.
 Salzweck, Salzbrezel usw. 15 M.
 Städtisches Preisprüfungsamt. 8005

Damen-Pelze
 zu mäßigen Preisen im
Pelz-Haus
 Lehmann, Zirkel 32
 1 Treppe hoch. 5474

Reparaturen an Uhren, Gold- und Silberwaren
 Carl Zepfel, Uhrmacher, Morgenstr. 12.

Kunstlederbau G. m. b. H. Ettlingen
 (Privatbetrieb)
 Werkstätten zur Herstellung künstlicher Glieder und orthopädischer Schuhwaren für Kriegsbeschädigte und Private.
 Zweigstellen: Mannheim: Schloßwache
 Mosbach: Kronenzasse 6
 Rastatt: Iller Kaserne (1783)
 Offenburg: Kasernengebäude Bau I
 Donaueschingen: Wöhlerstraße 2
 Karlsruhe: Kriegsstr. 100, b. Garnis.-Lazarett

Kragen-wäscherei Schorpp
 Herrren- Leibwäsche
 Annahme-Stellen:

Nutze dein Herdfeuer!

Erbsensuppe durchgerührt

Dazu Schweinefleisch serviert,
 Sättigt und schmeckt wunderbar.
 Bis die Erbsen weich und gar.
 Gut Persil*) zu gleicher Zeit
 Wacker seine Schuldigkeit.

*) Persil, das selbsttätige Waschmittel reinigt, bleicht und desinfiziert die Wäsche in einmaligem kurzen Kochen und bringt durch Mitbenutzung des täglichen Herdfeuers für die Wäsche größte Kohlenersparnis.¹²



Prima Tafelobst

Obstgabelstelle der Bad. Landwirtschaftskammer bei Gärtner Brehm, Viktoriastr. 5, Telefon Nr. 559. 5574

ALUMINIUM
 Kochtöpfe
 in großer Auswahl
 nur Qualitätsware
 stets zu den
 billigsten Tagespreisen
 Nürnberger, Karlsruhe
 Aluminium-Spezialgeschäft
 Waldstr. 22 neben Resi.

Städ. Freibank.
 Reichsbank, Montag 9-10 Uhr, Nr. 1101 bis 1200, Mittwoch 9 bis 10 Uhr Nr. 1201-1400.
 Abgel. Ehepaar sucht 1-2 leere Zimmer mit Kochgelegenheit gegen gute Bezahlung. Angebote unter Nr. 5679 an das Volksfreundbüro.
 Kränlein sucht f. m. d. d. Manufakturzimmer in der Südstadt. Offerten unter Nr. 5680 an das Volksfreundbüro.
 Felle, Almetalle, Eisen, Papier, Keller- u. Speicherkranz 5387
 kauft Gerechtigkeit, Holtenstr. 20, Telef. 3481.

Felle!
 Kanin Hasen Ziegen Maulwürfe Katzen Marder Füchse Tierhaare Menschenhaare kaufen und zahlen die höchsten Tagespreise
 Lupolanski & Cie. Marienstr. 12, 2. Hof, Telefon 1416.
 Druckarbeiten aller Art liefert Buchbinderei Gled & Cie. Puffenstraße 24.

Dr. Rob. Schwank
 prakt. Arzt
 wohnt jetzt
K.-Wilhelmstr. 17
 Telefon 2513. 5578

Badisches Landestheater.
 Samstag, den 11. Nov. 6/4 bis 10 Uhr. 4.200.—
 a. Abon. Th. Gem. B. V. B. Nr. 4301 4500.—
Wilhelm Tell (5574)
 Sonntag, den 12. November 3098
Landestheater **Konzerthaus**
 6/4 bis 10 Uhr. 4.450.— 7 bis nach 9 Uhr. 4.180.—
 Cavalleria rusticana Der Bajazzo.

Union-Theater
 Der erstklassige Spielplan
Margot de Plaisance
 Ein Frauenschicksal in 5 Akten
 Regie: J. Delmont. Hauptdarsteller: Lu Sind, E. Deraburg u. A.
Um ein Königreich
 3. u. letzter Teil d. Abenteuerromans
Der König von Colonda
 6 Akte 5576

Residenz-Theater
 Waldstr. 20 — Telefon 3111.
 Ab Samstag bis einschl. Dienstag.
Man soll es nicht für möglich halten
 (Maciste und die Javanerin). 5570
 In der Hauptrolle: Maciste, Carola Telle
 Chaplin und der Großfürst von Kirkisten.
 In der Hauptrolle: Charles Chaplin.

Palast-Lichtspiele
 Karlsruhe i. B.
 Herrenstrasse 11. Telefon 2502.
 Ab heute bis Freitag, den 17. November 5572
Der Graf von Monte Christo
 Nach dem bekannten Roman von Alexander Dumas
 5. und letzter Teil:
Schuld und Sühne
 in sechs Akten.
„Er“ und seine zwei Rivalen
 Grotteske mit Harold Lloyd in der Hauptrolle.

Frauen-Sektion

der „Vereinigten Sozialdemokratischen Partei“ Karlsruhe
 Am Dienstag, den 14. November 1922, abends punkt 8 Uhr, im großen Rathhaussaal
Öffentlicher Vortrag
 über
Die Lebensmittelversorgung und die Hausfrauen

Es sprechen: Genossin Luise Müller, Vorsitzende der sozialdemokratischen Frauen-sektion und Genossin Stadtrat G. Jung
 Hieran sind alle Hausfrauen und erwachsenen weiblichen Personen freundlich eingeladen. Der Eintritt ist frei.
Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter, Filiale Karlsruhe.
 Montag, den 13. November, gleich nach Schluß der Arbeitszeit im Lokal zum „Telefonten“ außerordentlich wichtige
Mitglieder-Versammlung.

Tagessordnung:
 1. Die Gemeindearbeiter im Kampfe um ihre Existenzbedingungen und welche Aufgaben haben wir bei den kommenden Gemeindevahlen zu erfüllen.
 Referent: Kol. Stadtrat A. Philipp.
 2. a) Verichterstattung über die schwebende Lohnbewegung der Gemeindearbeiter und unsere Stellung hierzu.
 b) Bericht über die mit der Reichsregierung abgeschlossene Lohnbewegung für die Monate Oktober und November der Reichs- und Staatsarbeiter betreffend.
 Referent: Kollege W. Koch.
 Die in dieser Versammlung zu erledigende außerordentlich wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Kolleginnen und Kollegen. Die Versammlungsarbeiten werden dringend erucht, für die weitere Subtilisierung dieser Versammlung Sorge zu tragen, sowie um die Entfaltung einer Propaganda.
 Die Abhaltung.
 5575

Billigste Bezugsquelle f. Damenkonfektion
Wintermäntel, Kostüme, Röcke
 Kleider, Blusen, Strickjacken, Ueberblusen, Unterröcke, Reformhosen zu billigsten Preisen. 5588
Daniels Konfektionshaus
 Karlsruhe, Wilhelmstraße 34, 1. Treppe.

Pelze Pelzmäntel u. Jacketts werden zum Umändern, Neuarbeiten
Felle
 zum Gerben, Färben und Reinigen übernommen bei tadelloser, billiger Ausführung und prompter Lieferung. 4736
Georg Kumpf Douglasstr. 8 puterro
 Ecke Akademiestraße (kein Laden).

Arbeiter u. Beamte
 verkauft neue Lampen, Eisen, Messingfäße, Metalle, Papier, Knochen, Fischchen etc. nur an
Kleiner & Stechler
 Telefon 4146 — Mühlburgerstraße 92.
 Wir zahlen die höchsten Preise — Auf Wunsch wird die Ware abgeholt. — Händler und Handwerker erhalten Großpreise. 5584

Karlsruhe: Bernhardstraße 8, Kaiserstraße 34 u. 243, Gerwigstraße 39, Amalienstraße 14
 Waldstraße 64, Wilhelmstraße 32, Auguststraße 13, Schillerstraße 18, Kaiseralle 37
 Gabelsbergerstraße 1, Rheinstraße 18, Durlach: Hauptstraße 15. 5582

Rheinische Creditbank
 Filiale Baden-Baden.
 Telefon: 1180 - 1190 - 1580 - 1581 - 1582 - 1584 - 1585.

Süddeutsche Diskonto-Gesellschaft A.-G.
 Filiale Baden-Baden
 Luisenstraße 3 (gegenüber der Trinkhalle).

Bankhaus Carl T. Hermann & Co.
 Solfenstraße 6. Telefon 101 u. 704.

Karl J. Kessel
 Kaufm. Sachverständiger u. Treuhänder
 Vermögen- und Nachlassverwaltungen, Immobilien und Hypothekvermittlung, -Auskünfte, -Versicherungen.

Detektiv Rulo Baden-Baden
 Ludwig Wilhelmstrasse 22 - Weit-Auskunft
 Ermittlungen jeder Art
 Reell 843 Telefon 843 Diskret

SPEZIAL-HUT-GESCHAFT
 KARL BEHRLE
 LANGESTR. 14 TELEPH. 892

Färberei u. Chemische Waschanstalt
 Friedrich Thomas (Gegründet 1872).
 Solfenstraße 21. Baden-Baden.
 Beurenstrasse 16, Tel. 708, Baden-Lichtenthal.

Hotels, Restaurants, Café u. Vergnügen

Hotel „Europäischer Hof“

„Kurhaus - Restaurant“
 Weingroßhandlung.
 Zweiggeschäft:
 Städtisches Merkur-Restaurant.

Brenners Stephanie-Hotel

Hotel Russischer Hof
 Haus I. Ranges
 das ganze Jahr geöffnet

Im Quellenhof (Erdgesch.)
 ALTE BADISCHE WEINSTUBE
 „Im süßen Löchel“
 Spezialität: Bad. Landweine vom Fuß
 Bekannt durch Küche und Keller

HOTEL ATLANTIC
 an der Lichtenthaler Allee
 Fließendes Wasser - Bäder - Appartements

REGINA-HOTEL
 P. KEPPELER
 VORNEHMSTES FAMILIENHOTEL

HOLLAND-HOTEL
 das erstklassige Familien-Hotel
 Geöffnet vom 1. März bis 1. Dezember.

HOTEL DREI KÖNIGE
 Südlage. Nähe des Kurhauses und der Kur-Anlagen. Neuzuständig eingerichtet. Central-Beheizung. Das ganze Jahr geöffnet.
 L. August Hoffmann.

Hotel Schwarzwaldhof
 Wein- und Bier-Restaurant. Gut bürgerl. Haus
 in nächster Nähe der Bade-Anstalten
 Telefon Nr. 9 A. Wädle.

Hotel und Badhaus „Zähringer Hof“
 Vornehmes, behagl. Familienhotel, Thermalbäder
 - Grosser Park -

Badhotel „Badischer Hof“
 in bester Lage, 7
 Minuten v. Bahnhof, nächst Kurhaus und Anlagen, jeder mod. Comfort. Mässige Preise. Ganzjährig geöffnet.

Central-Hotel
 Große moderne Säle u. Abhalten v. Hochzeiten
 in nächster Nähe der Bäder-Inhalation. Konversationshaus. Das ganze Jahr geöffnet. Telefon 88 Baden-Baden. PH. LEIBLICH.

Trocadero-Künstler-Spiele
 Baden-Baden

Saalbau-Theater
 Lichtenthalerstr. 50

Gleichzeitliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan

Möbelhaus Kaiserhof
 Baden-Baden, Solfenstrasse 22
 Billigste Bezugsquelle in Wohnungs-Einrichtungen, Teppichen, Möbelstoffen, Gardinen

Partiewarenhaus Jos. Götzl
 Herren- und Damenbekleidung, Wäsche, Stiefel zu bekannt billigen Preisen.

Karlsruhe Reichsstrasse - Herrenab und Erbzügen.

	W	F	W	F	W	F	W	F	W	F
Karlsruhe Reichsstrasse ab	6:51	7:31	8:11	8:51	9:31	10:11	10:51	11:31	12:11	12:51
Ettingen Hohlhol . . . ab	7:01	7:41	8:21	9:01	9:41	10:21	11:01	11:41	12:21	13:01
Ettingen Waldkol. (Hp.) ab	7:11	7:51	8:31	9:11	9:51	10:31	11:11	11:51	12:31	13:11
Spinnerei (Hp) ab	7:21	8:01	8:41	9:21	10:01	10:41	11:21	12:01	12:41	13:21
Buzenbach ab	7:31	8:11	8:51	9:31	10:11	10:51	11:31	12:11	12:51	13:31
Reichenbach ab	7:41	8:21	9:01	9:41	10:21	11:01	11:41	12:21	13:01	13:41
Langensteinbach . . . ab	7:51	8:31	9:11	9:51	10:31	11:11	11:51	12:31	13:11	13:51
Spieberg (Hp) ab	8:01	8:41	9:21	10:01	10:41	11:21	12:01	12:41	13:21	14:01
Itterbach ab	8:11	8:51	9:31	10:11	10:51	11:31	12:11	12:51	13:31	14:11
Ettingen ab	8:21	9:01	9:41	10:21	11:01	11:41	12:21	13:01	13:41	14:21
Brötzingen Nebenb. . . an	8:31	9:11	9:51	10:31	11:11	11:51	12:31	13:11	13:51	14:31
Buzenbach ab	8:41	9:21	10:01	10:41	11:21	12:01	12:41	13:21	14:01	14:41
Etzenrot ab	8:51	9:31	10:11	10:51	11:31	12:11	12:51	13:31	14:11	14:51
Spieberg-Schöllbrunn . ab	9:01	9:41	10:21	11:01	11:41	12:21	13:01	13:41	14:21	15:01
Marzell ab	9:11	9:51	10:31	11:11	11:51	12:31	13:11	13:51	14:31	15:11
Frankenb. Schießberg . ab	9:21	10:01	10:41	11:21	12:01	12:41	13:21	14:01	14:41	15:21
Herrenab an	9:31	10:11	10:51	11:31	12:11	12:51	13:31	14:11	14:51	15:31

Rheinholdt-Haus
 Inh.: Erich Batschari
 Ältestes und größtes Spezialhaus Badens für Cigaretten Cigaretten Rauchtabelle Man verlange Preisliste! Für Wiederverkäufer günstigste Sonderpreisliste!

E. Rosshausen
 Böttchenstrasse 7
 Große Leinwand, „Bucke“ u. „Lute“, Bienenkerl, dreifach baubar, wasserfest. Mas. Hirschstr. 10, Schuhmachermeister.

Garage Brüderlein
 Inh.: Georg Heller.

Kleidung Schuhe Putz
Eduard Amend
 Telef. 1082 B.-Baden Langestr. 8
 Herren- u. Knaben-Konfektion, Herren-Artikel

Geschwister Knopf
 Größtes Kaufhaus am Platze

Jos. Meermann
 Gernsbacherstr. 13 u. 15 Tel. 770
 Weiß-, Woll- und Modewaren.

C. F. KOPF
 Langestraße 8 - Telefon 266
 Spezialhaus f. Gardinen
 Anfertigung nach Angabe.

Ludwig Finzer
 Lichtenalterstrasse 3
 Wäschehaus für Damen und Herren.
 Eigene Werkstätten
 Anstreichern.

Albert Fromherz
 Langestr. 29
 Herrenkonfektion u. Maßarbeit.

Modehaus Gebr. Schmidt
 Damenkonfektion, Kleiderstoffe, Seidenstoffe
Carl Seck, Wilhelmstraße 4
 Manufaktur- und Modewaren
 Aussteuer-Artikel Herren-Anzugstoffe
 Telefon Nr. 109 **E. JACOBY** Solfenstr. 14
 Erstes Haus für Damen-Moden.

Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Damenkonfektion
E. Lorentz, Lichtenalterstraße 25
 Joh. Schnürle, Langestraße 50
 Schuhwaren Mass und Reparaturen.

Schuhhaus Karl Groß
 Baden-Baden, Weststadt
 empfiehlt sein reichhalt. Lager zu billig. Preisen

Genuß- u. d. Lebensmittel, Zigarren
Kaufhaus Jos. Huck
 12 Langestraße 12
 Billigste und beste Bezugsquelle für alle Artikel des täglichen Bedarfs.

Telephon Adolf Kaufmann Inselstr. 4
Fisch-, Wild- und Geflügelhandlung.
Leo Kah, Metzgerei u. Wursterei
 Langestraße 29
 Amelunxen, Langestr. 31
 Spezialgeschäft feiner Fleisch- u. Wurstwaren

A. Walter
 Landesprodukten-Großhandlung
 41 Langestr. 41
 Telefon 904
 Kolonial-Delikatessenwaren.

Joseph Sucher
 41 Langestr. 41
 Telefon 904
 Kolonial-Delikatessenwaren.

Friedrich Werzinger
 Maria-Viktoria-Strasse 25
 Ab- und Verkauf von Automobilen u. Reparaturen

PIANOS
 Mäßige Preise
Hermann
 Langestr. 58 Tel. 473

Kaufhaus Emil Nachmann
 Gernsbach (Baden)

Billigste Bezugsquelle für
Manufaktur, Weißwaren, Herren- und Damenkonfektion Möbel, sämtliche Aussteuerartikel

W. Seylarth
 Tapetenfabrik und Versandhaus
 Gernsbach (Murgtal)
 Man verlange von seinem Maler- und Tapeziermeister meine Musterkarte.

Rud. Heinenmann, Solfenstr. 3a
 gegenüber der Reichspost am Leopoldplatz.
Spezial-Haus feiner Herren-Moden.

Josef Schneidenberger, Langestr. 20
 Schuhwaren, Eisenwerkstätte.

Gustav Weber otto Dieterle & Cie.
 Baden-Lichtental
 Baugeschäft, Sägewerk, Holz- u. Tisch- Dekoration

A. Streit
 Manufaktur Modewaren

Jon. Seiter, Eitlingen
 Hut-, Mützen-, Schirm- und Sport-Artikel.
 Hut- und Schirmreparaturen.

Michel Ingold
 Herren-Konfektion
 Anfertigung nach Mass.

Ludwig Jaeck
 Röhret Bräse, Kronen-
 Metzgerei u. Wursterei

Max Falk
 Kolonialwaren
 5 Klebenplatz 5
 Erstes u. ältestes Spezial-
 geschäft am Platze

Rentschler Söhne, Sägewerk
 Kaufhaus Freund & Co. Car. Becker, Schuhwaren
 Eitlingen Reparaturen jeder Art.

Hock & Biau
 Eisenwaren-Fabrik
 Telefon 47

Loeser & Leonhardt
 Diamantwerkzeugfabrik.

Eisen- u. Metallgießerei
 G. m. b. H., Eitlingen. Telefon 111.
 Beste handhabungs-
 chere **Sprengstoffe**
 für alle Zwecke
 wie Ammonsalpeter-Sprengstoffe, Pikrin-
 Sprengstoff, Sprengpulver, Sprengsalpeter,
 Sprengkapseln, Zündschnüre, elektr. Zünder,
 Zündapparate, Leitungsprüfer, Leitungsdraht etc.
Pulverfabrik Eitlingen (Baden) Tel. Nr. 8.

Durlach
Lederfabrik Durlach
 Herrmann & Eitlinger G. m. b. H.
 Durlach bei Karlsruhe (Baden).

Waldemar Kutiner, Eisenhandlung
 Telefon 47
 Träger, Stabellen, Bleche, Baubeschläge,
 Öfen, Baumaterialien.

Melan & Steponit, Durlach
 Fernsprecher Nr. 39 Hauptstr. 48-50.
 Werkzeuge u. Beschläge
 Haus- und Küchengeräte.

Gritzner: Durlach
 Nähmaschinen - Fahrräder.

Arnold Biber
 Pforzheim - Durlach
 Fabrik zahnärztlicher Einrichtungen
 Eisen- und Metallgießerei.

Brennmaterial sparen
Kachelöfen, Kachelherde
 von Carl Roth Nachf. (E. Löw) Oos.

Wahlmann & Ebert
 Baden-Geroldsau
 Dampfsägewerk und Holzhandlung.

Sägewerke Baden-Baden
 G. m. b. H.
 Baden-Baden-Geroldsau
 - Telefon 268. -

Benzwerke Gaggenau

